

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1898 unter Nr. 7870. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnetten oder deren Raum 40 Pf., für Verlags- und Verklammlungs-Anzeigen, sowie Anzeigen 20 Pf. Inverlate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Karl L. Ar. 1808. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Donnerstag, den 20. Januar 1898.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Ausnahmegesetze gegen Arbeiter.

Das selig verstorbene Sozialistengesetz wurde von seinen Verfechtern stets damit begründet, daß die Sozialdemokratie dem heutigen Staate und der heutigen Gesellschaftsform grundsätzlich verneinend gegenüberstehe, und deshalb nicht verlangen könne, von diesem Staate nach gleichem Maße gemessen zu werden, wie andere Parteien. Wir haben diese Begründung nie für etwas anderes gehalten als für eine der logischen Spiegelreflexionen, in denen unsere Juristen so erfindereich sind. In Wahrheit verneint jede Partei, die neues einführen will, den gegenwärtigen Staat, und eine Gesellschaft, die sich nicht fortwährend selbst negiert, indem sie beständig über ihren augenblicklichen Zustand hinausstrebt, würde einer chinesischen Stagnation verfallen. Der wahre Grund des Sozialistengesetzes lag denn auch ganz wo anders. Dahinter steckte die Angst der preussischen Bürokratie vor der einzigen Partei, der man zutraute, sie könnte den demokratischen Gedanken nicht, wie die Liberalen, nur in schönen Worten feiern, sondern ihn wirklich in die That umsetzen und damit der alten verpönten Herrlichkeit ein Ende machen.

Das Sozialistengesetz fiel, weil es sich als völlig unfähig erwiesen hatte, eine politische Idee anzurichten. Alsbald aber begann das Geschrei nach einem „Erlaß“. Ein Blick auf die Erfahrungen mit dem alten Gesetz und ein Blick auf die hauptsächlichsten Schreier nach dem neuen zeigt, daß es sich diesmal noch um ganz etwas Anderes handelt, wie im Jahre 1878. Man will nicht mehr bloß den „altpreussischen Geist“ gegen eine unbequeme und umwälzende Weltanschauung verteidigen, sondern in erster Reihe steht diesmal der Wunsch, den Unternehmer gegen den Arbeiter zu schützen.

Nachte Interessentpolitik zu Gunsten der Wenigen, denen es geglättet ist, die „Klinke“ in die Hand zu bekommen, das ist ja eingestandenmaßen die durch Bismarck eingeleitete Entwicklungsphase der nationalen Staatsweisheit. Unterstützungen für den Junker, den Kohlen- und Eisenbaron, für Schiffahrtsgesellschaften und Exportunternehmungen, sei es durch bares Geld, sei es im Wege „nationaler“ Politik, das sind wir alles schon gewöhnt. Aber dabei tritt doch die Hülse des Staates immer noch mit dem verschämten Schleier auf, allgemeine Interessen fördern zu wollen, und sie sucht den Schein zu erhalten, als ob sie sich nicht gerade gegen eigene Mitbürger wendete.

Die Interessentkreise, die nach einem neuen Sozialistengesetz, nach Beschränkung der Vereinsfreiheit und des Koalitionsrechts schreiben, die sprechen es dagegen ganz offen aus, daß sie Ausnahmegesetze gegen Arbeiter wollen. Die Herren Industriellen sollen im Widerstreite ihrer Interessen mit denen ihrer Arbeiter eine noch festere, geschärfte Stellung erhalten, als sie der Natur der wirtschaftlichen Verhältnisse nach ohnehin besitzen, und die Arbeiter sollen unter ein Ausnahmegesetz gestellt werden, weil und so weit sie Arbeiter sind und ihre Interessen denen ihrer Herren Kapitalisten widersprechen. Nur so weit sie sich „gutgesinnt“, „arbeitswillig“ zeigen, d. h. so weit sie sich von den Interessen ihrer Kollegen trennen und die der Herren vertreten, soll sich auch ihrer die Gesetzgebung liebevoll annehmen; natürlich auch nicht um ihrer selbst willen, denn Verdräht hat man noch immer mit Vergnügen benutzt und mit Dank gelohnt, sondern im Interesse der Unternehmer. Da giebt es kein beherrschendes Gebilde mehr, die Gesellschaft könne dem nicht gleiche Rechte geben, der sie negiere. Nein umgekehrt, gerade dem sollen die Rechte beschnitten werden, der, ohne daß er damit den Boden der heutigen Gesellschaftsordnung im geringsten verliere, seine Waare, die Arbeitskraft, so vorteilhaft wie möglich zu verwerthen sucht, der nur das thut, was seine wirtschaftlichen Gegner auch thun, sich mit seinen Interessengenenoffen zusammenschließen.

Daß der Einfluß der Interessentkreise, die in diesem Sinne Ausnahmegesetze gegen Arbeiter fordern, immer größer geworden ist, konnte niemandem entgehen. Zwar machte Verleppschon 1891, man weiß nicht, ob mehr der Noth gehorchend oder dem eigenen Triebe, dem Reichstage Vorschläge zu allerhand rigorosen Strafen gegen die Vertreter der gewerblichen Interessen der Arbeiter, aber das gab er als Anhängsel zu den Arbeiterschutz-Bestimmungen desselben Entwurfs, und als der Reichstag nur die Vortheile, die das Gesetz für die Arbeiter enthielt, annahm und die Verfolgungen ablehnte, verzichtete er ohne Schwierigkeiten darauf. Auch das Umfurgesetz sollte mehr politische als wirtschaftliche Bewegungen treffen. Erst jetzt ist es mit der Sozialreform so weit gekommen, daß die Regierung sich anschickt, die Bewegungsfreiheit der Arbeiter in ihrem wirtschaftlichen Kampfe noch weiter durch Strafandrohungen einzuschränken, als sie ohnedies schon ist, und zwar zu einer Zeit, wo auf der anderen Seite jeder energische Schritt zur Durchführung der gesetzgeberischen Gedanken von 1890 zu Gunsten der Arbeiter als „Ueberrückpolizistischer Einmischung“ verabscheut wird.

Die Umfrage des Staatssekretärs Posadowsky über den „Terrorismus“ der Arbeiter soll eine solche gesetzgeberische Aktion gegen die Arbeiter einleiten, und zwar eingestandenmaßen auf Anregung der Unternehmer hin. Es wäre unnötig, etwas Näheres über die Stellung der Regierung zu den Organisationen der Kapitalisten zu sagen nach der vorzüglichen Charakterisierung, die der Genosse Singer im Reichstage bereit gegeben hat, nur in einem Punkte wäre vielleicht etwas

hinzuzusetzen. Der Herr Staatssekretär verwahrte sich energisch dagegen, daß er von dieser Rundgebung der Absichten der Regierung eine ihm unangünstige Wirkung auf die Wahlen fürchten müsse, und damit hat er vielleicht recht.

Auch ohne dies Zirkular wußte man, daß die Unternehmervereine einen Vernichtungskampf gegen das freie Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter, namentlich gegen ihre Organisationsfreiheit führen, und ebensowenig täuschte man sich darüber, daß das Ohr die Regierung den unwahren und einseitigen Behauptungen des Unternehmers zugänglich ist, als den Stimmen, die für die Arbeiter Partei nehmen. Die Arbeiter halten die Regierung ohnehin nicht für ihre Freundin, und die Regierung kann unter ihnen nicht darauf rechnen, Freunde zu finden. Aber sie braucht Freunde, und sie nimmt sie, wo sie sie kriegen kann. Da sie darauf verzichtet hat, sie im Volke zu suchen, so muß sie sich wohl beim Bunde der Industriellen und den Zimmungsmeistern eine Stütze schaffen, und wirklich ist nichts geeigneter, ihr die Herzen dieser Kreise zu öffnen, als das Posadowsky'sche Zirkular. Alles Murren über die Ungültigkeit der Zimmungs-Novelle, alle Belämmierungen über die Sonntagsruhe und den Gehilfenschutz im Handelsgesetzbuche werden vergessen sein, wenn die Regierung eine sozialpolitische That gegen die Arbeiter aufweisen kann, wie das Zirkular sie erwarten läßt.

Deshalb wird die Umfrage als ausgezeichnete Empfehlung der Regierung von dem Unternehmertum bei den nächsten Wahlen wirken. Eine Gesetzesvorlage hätte die Regierung kaum noch einbringen können, schwerlich würde sie zur eudgiltigen Beschlußfassung gelangen. Aber die Umfrage zeigt den Unternehmern den guten Willen der Regierung, und das ist vorläufig genug.

Die Antworten, die auf die Frage einlaufen werden, kennt man im übrigen schon jetzt. Die Ministerien werden die Interessentkreise der Unternehmer fragen, und so werden wir die überzeugende Kraft einer Dialektik bewundern können, bei der der Antwortende dieselbe Person ist, wie der eigentliche Frager. Außerdem wird sich die Bürokratie darüber aussprechen. Soweit sie nicht direkt bloß das wiedergiebt, was ihr die Unternehmer aufgebunden haben, wird sie lediglich aus den wenigen Erfahrungen reden, die von der Polizei und den Gerichten gemacht worden sind. Diese haben naturgemäß bloß mit den wirklichen oder vermeintlichen Ausschreitungen koaliter Arbeiter zu thun, und haben keine Ahnung von der Ruhe und Geselligkeit, die in den Interessentkämpfen der Arbeiter die überwiegende Regel sind. Außerdem aber sind die Beamten allzu geneigt, Ausschreitungen und schlimme Delikte auch in Fällen anzunehmen, in denen ein anderer eine ganz zulässige Art der Interessenvertretung oder höchstens einen geringfügigen formellen Verstoß sehen würde. Die tatsächliche Macht des Beamtenstandes beruht in seiner Autorität, darum ist er der grundsätzliche Beschützer aller Autoritätsformen auch auf anderen Gebieten.

Der Arbeiter, der sich gegen die Autorität seines Herrn auflehnt, erscheint vielen Beamten schon an sich als ein gefährliches Subjekt, und wenn er gar andere in aller Ruhe zu seiner Ueberzeugung zu bekehren sucht, so heißt das in gerichtlichen Urtheilen, die uns vorliegen: „das tadelnswerthe Verhalten eines Aufwieglers, der fändere e h r l i c h e Leute von der Arbeit abhält und ihren Angelegenheiten bereitet.“

Was also die Bürokratie auf die Anfrage des Herrn Staatssekretärs antworten wird, bietet ebensowenig die Gewähr einer sachgemäßen, und nicht voreingenommenen Darstellung, wie die Gutachten der Unternehmerklasse.

Das Resultat wird eine Wiederankündigung und Verschärfung des Ausnahmegesetzesentwurfs von 1891 sein. Wir sind aber glücklich in der Lage, nachweisen zu können, daß schon heute durch § 153 der Gewerbe-Ordnung der Arbeiter, der seine idealen Berufsinteressen vertritt, strafrechtlich schlechter gestellt ist, wie der ordinärste Rindvieh und Kraleher, und daß seit dem Beginne der sogenannten sozialpolitischen Aera dieses Strafgesetz und einige andere Bestimmungen durch die Anwendung in der Praxis noch viel mehr den Charakter von Ausnahmegesetzen erhalten haben, die sich gegen Arbeiter als Arbeiter richten. Darüber in einem späteren Artikel.

Politische Ueberflacht.

Berlin, 19. Januar.

Aus dem Reichstage. In Fortsetzung der am vorigen Schwertinstag angefangenen Debatte über die lex Heinze versuchte heute der sächsische Bundesrath-Bevolmächtigte Geheimrat Nath Fischer die Angaben zu widerlegen, welche unser Genosse Bebel über gewisse skandalöse Vorkommnisse gelegentlich des Dresdener Reglerfestes am 18. Januar gemacht hat. Der Herr Bundesrath-Bevolmächtigte wiederholte in seiner Rede die Behauptungen des Vorstandes des Dresdener Reglerbundes wonach von den Freunden von „Gut Holz“ in Dresden kein Wässerchen getriibt worden sein soll. Bebel soll wieder einmal — so behaupten die Regler und so sprach's ihnen der Herr Geheimrath nach — die Immunität des Reichstages mißbraucht haben.

Nach dem sächsischen Bundesrathsmittglied, vor dem der Eiskasser Pöffer sich für den Antrag Spahn ausgesprochen hatte, bemühten noch die Abgg. Barth (frei. Vp.), Salisch (L.), Jstraut (Antisemit) den Umstand, daß das Haus wieder nicht beschlußfähig und deshalb ein Schluß der Debatte un-

möglich war, noch zu ausgiebigen Neben. Gegen die Vorlage in Tendenz und Umfang sprach Bebel (fr. Vp.), während sein Fraktionsgenosse Benzmann mit einzelnen Bestimmungen sich einverstanden erklärte, andere dagegen entschieden verworf.

Für die Vorlage in vollem Umfang trat der Centrumsredner Koeren ein, der auch die gegen dieselben vorgebrachten Bedenken zu zerstreuen suchte. Auch Pastor Schall sagte noch sein Sprüchlein her, wobei dem bedauernden Wertchen Dr. Martin Luther noch einmal das Malheur passierte, von diesem Theologen vertheidigt zu werden.

Hierauf schlug Abgeordneter Zimmermann noch einmal in die Kerbe, die der Herr Geheimrath Fischer angeschnitten hatte. Die Behauptungen über den Reglerbund sollten elende Verleumdungen sein.

Prompt antwortete Genosse Bebel, indem er aus Annoncen, Zeitungsberichten und Liedern zu singen in den „Männerzusammenkünften“ des Dresdener Reglerklubs eine Sammlung von Zitaten vorbrachte, deren Weitergabe sich einfach verbietet.

Gegen den Anwurf der leichtfertigen Anschuldigung dritter, welcher besonders aus Anlaß des Falles Fink gegen unseren Genossen erhoben wurde, verwies derselbe auf seine letzte Erklärung im „Vorwärts“ und legte er zum Beweise der Richtigkeit seiner Angaben die beweisenden Papiere auf den Tisch des Hauses nieder.

Nach einer langen Reihe persönlicher Bemerkungen und einem kurzen Schlussworte des Antragstellers wurde der Antrag an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Morgen 2 Uhr Fortsetzung der Etatsdebatte.

Das preussische Abgeordnetenhause hat heute die erste Besung des Etats beendet und denselben, wie üblich, der Budgetkommission überwiesen. Ein Antrag Dr. Sattler (natl.), den Eisenbahn-Gat einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, fand keine Zustimmung. Auch heute wurden die Kosten der Debatte wieder fast ausschließlich von Mitgliedern aus dem Hause getragen, nur der Justizminister Schönlank und der Finanzminister Dr. v. Riquel beteiligten sich an den Verhandlungen, ersterer, um einen juristischen Irrthum des Abg. Nottb richtig zu stellen; letzterer, um nochmals einige finanztechnische Vorlegungen zu machen und den Agrariern die Berücksichtigung des unbedingten Wohlwollens der Regierung zu geben. Auf die gegen ihre Anstrengungen erhobenen Angriffe ging auch heute kein Minister ein.

Ein großer Theil der Sitzung wurde durch eine Kulturkampf-Debatte ausgefüllt, die an die gestrige Rede des Abg. v. Egnern anknüpfte und von den Abgg. Porsh (Z.) und Dr. Dietrich (Z.) auf der einen, Dr. Bremer (L.) und Dr. Friedberg (natl.) auf der anderen Seite geführt wurde. Die geistreichen Auseinandersetzungen der Herren über konfessionelle Fragen sind für die Masse des Volkes durchaus gleichgiltig. Mehr Interesse dürften die Aeußerungen des Abg. Porsh über den angeblichen Mißbrauch des Petitionsrechts der Unterbeamten beanspruchen. Diese Aeußerungen gaben dem Abg. Dr. Friedberg die erwünschte Gelegenheit, wieder einmal einen kleinen Ausfall gegen die böse Sozialdemokratie zu unternehmen. Er glaubte nicht, daß Unterbeamten in größerem Umfang zur Sozialdemokratie gehören, denn das wäre die größte Thorheit, der sie sich schuldig machen könnten, weil sie dadurch nicht nur den Dienst und den Eid der Treue verletzen, den sie ihrem König geschworen hätten, sondern auch direkt gegen ihr eigenes Interesse handeln würden; sie würden den Hof absagen, auf dem sie selbst sitzen. Wer die Sozialdemokratie unterläßt, der untergrabe den heutigen Staat, und wenn die Sozialdemokratie siegen würde, so würden doch nicht die Unterbeamten in die höheren Stellen gelangen, sondern ganz andere Leute, die Hintermänner der Sozialdemokratie, deren Prinzip das „eto-toi quo je su'y mette“ (mache Platz, damit ich mich setzen kann) sei. Herr Friedberg muß es ja als früherer Genosse am besten wissen.

Die beste Rede der heutigen Sitzung war unweifelhaft die des Abg. Gothein (fr. Vp.), der leider vor fast leeren Häufe sprechen mußte, da die meisten Mitglieder der Rechten und auch eine nicht unbedeutliche Zahl von Angehörigen anderer Parteien es vorgezogen, den Sitzungssaal zu verlassen. Gothein kritisierte in scharfer Weise die eigenartige Standauffstellung und behauptete, daß trotz des in der vorigen Session gegebenen Versprechens doch keine Novelle zum Wahlgesetz eingebracht sei. Um eine Neueinstellung der Wahlkreise vorzunehmen, brauche man doch nicht so lange Material zu sammeln. Das heutige Wahlrecht sei eine Karrikatur, da der größte Theil des Volkes dadurch nicht vertreten sei. Recht angebracht war auch der Rath, den er dem Minister des Innern gab. Derselbe möge den höheren Beamten deutlicher als bisher vor Augen führen, daß sie die Gesetze zu achten und die Rechte und Freiheiten des Volkes zu respektieren hätten. Leider ist wenig Aussicht vorhanden, daß Herr v. d. Rode diese wohlgemeinte Warnung sich zu Herzen nehmen wird. Außer den Genannten sprach nur noch Abg. Schmedding (natl.), der im wesentlichen das wiederholte, was Dr. Sattler und v. Egnern bereits ausgesprochen hatten.

Morgen steht der Entwurf betr. Aenderung des Anstiedelungs-Fonds (Hundertmillionen-Fonds gegen die Polen) auf der Tagesordnung.

Zur chinesischen Frage. Sehr eigentümlich ist eine Mittheilung der „Agence Havas“, welche die „Kölnische Zeitung“ wiedergiebt, wonach der Vertrag zwischen Deutschland und China über die Pachtung Kiaooschan's trotz der Ankündigung des „Reichs-Anzeigers“ noch nicht endgiltig abgeschlossen zu sein scheint. Deutschland habe die postweise Ueberlassung Kiaooschan's und große Gebietsbeile der Umgebung auf 99 Jahre gefordert, China dagegen nur in eine Pachtung auf 50 Jahre und Ueberlassung der Bucht und ihrer Ufer gewilligt. So länden gegenwärtig die Dinge. Die Deutschen verlangten nachdrücklich das Recht, Eisenbahnen zu bauen und Bergwerke anzulegen, wie und wo es ihnen gut dünkt, und es heißt, China habe den Bau einer Bahn von Kiaooschan nach Tiansu, der Hauptstadt der Provinz Schantung, zugesagt. Die Deutschen sollen in der Ausdehnung von einer Meile auf jeder Seite des Schienenweges Bergwerkrechte erhalten und den Chinesen soll

gestattet sein, Aktionäre der Gesellschaften zu werden. Deutschland fordert ferner eine Entschädigungssumme von 200 000 Taelen, den Bau einer Kirche und mehrere Tausend Taelen für die Familien der ermordeten Missionare.

Wenn sich diese Mittelteilungen befähigen, so würde der vom Reichs-Anzeiger veröffentlichte Pachtvertrag nur einen provisorischen Charakter tragen und weitere Abmachungen ständen noch bevor. Zu den Verhandlungen über die englisch-chinesische Kuleibe und die dafür von England gestellten Bedingungen liegt folgende Nachricht der "Times" vor. Danach legte der russische Geschäftsträger Pawlow in Peking ernste Verwahrung dagegen ein, daß Taiten-Wan offener Hafen wird. China, augenscheinlich einig bemächtigt, den finanziellen Beistand Englands zu erlangen, werde reichlich genügende Sicherheit für die Rückzahlung der Anleihe stellen, werde den Dampferverkehr auf den Binnenwasserstraßen freigeben und größere Erleichterungen für den Handelsverkehr in allen offenen Häfen bewilligen.

Dem "Heuter'schen Bureau" wird aus Peking von gestern gemeldet: Eine weitere Konferenz des Tsung-li-Yamen fand gestern statt. Die Anleihefrage ist noch nicht geregelt, England verlangt das Recht auf Anlegung von Eisenbahnen in Japan und Szechwan und außerdem Hsiang-ni's Eröffnung als Vertragshafen. Der genannte Ort liegt in der Provinz Hunan, bekannt durch ihre Feindseligkeit gegen die Fremden. Die Hauptchwierigkeit aber liegt augenblicklich darin, daß England die Öffnung von Taiten-wan verlangt, während Rußland die ganze Handelschule für sich selbst zu behalten wünscht. Keine der beiden Mächte will im gegenwärtigen Augenblick nachgeben. Die Frage ist also jetzt eine politische, keine kommerzielle.

Kiaotshau und unsere Agrarier. Herr Heinrich Soburen, der sich als Freund des Landvolkes hinzustellen beliebt, der in einer größeren Schrift über den Zug der ländlichen Arbeiter nach der Stadt jammert, der einen Ausschuss für die Wohlfahrtspflege auf dem Lande gegründet hat, um durch Lesung und Spieltage und andere billige Kinkerbühnen und nicht durch soziale Hebung und bessere Bezahlung der Landarbeiter diese vom Zuge nach den Städten abzuhalten, hat nun im "Land" in der Nummer vom 15. Januar d. J. seine wahre Landarbeiterfreundlichkeit offenbart. Ganz am Schlusse seiner Nummer, als letzte Briefkastennotiz, findet sich der folgende Ertrag dieser schönen Seele:

Administrator N. N. zu P. Post R. (Wotsdam). Die Weihnachtzeit hat mir so viel geschäftliche Arbeit gebracht, daß ich zu meinem Bedauern erst heute in der Lage bin, Ihre Briefe vom 25. November und 4. Dezember v. J., in denen Sie sich so warm für den Import von Chinesen auszusprechen, beantwortet zu können. Inzwischen hat ja die Chinesenfrage eine wohl von uns beiden nicht vorhergesehene Wendung genommen; die Bewohner der Kiaotshau-Bai sind — wenigstens pachtweise — unsere Landknechte geworden, und selbst Nobbe wird zugeben müssen, daß wir unsere rothhaarige Barbarei nicht so weit treiben dürfen, den neuen Kompatrioten die preussischen Grenzen zu sperren. Vielleicht führen und daher schon unsere heimkehrenden Schiffe die ersten Importen dieser nichtern, fleißigen Drachensöhne zu, und da bekanntlich probieren über studieren geht, so möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, den literarischen Austausch der schwebenden Kontroverse bis nach angestellter Probe zu vertagen. — Inzwischen aber möchte ich Ihnen die nochmalige möglichst leidenschaftliche Beachtung des Nobbe'schen Satzes empfehlen, daß die deutsche Nation nur so lange ein wirkliches Interesse an der Erhaltung eines starken, gesunden und kräftigen Grundvolkes in den deutschen Ostmarken habe, als sie in ihnen Hüter und Förderer starken und gesunden Volkstums erblicke.

Bursche, die derartige niederschreiben, nennen sich national! Wenn national sein heißt, und es kann vernünftigerweise nichts anderes heißen, für die Interessen der Volksgemeinschaft und aller seiner Glieder einzutreten, dann ist Herr Soburen wohl weniger national als der internationalste Sozialdemokrat! Herr Soburen will die "nichtern, fleißigen Drachensöhne" nach Deutschland bringen, damit sie um kleinsten Lohn für unsere Großagrarier schuften und das harte Brot unserer Landarbeiter auch noch rauben, sie aus Deutschlands Grenzen vertreiben. Die Agrarier können sicher sein, daß die Briefkastennotiz ihres Handlangers ihnen noch theurer zu stehen kommen wird, sie soll in Hunderttausenden Exemplaren unter Landarbeitern verbreitet werden.

Was wir schon von Anfang an gefordert haben, Garantien gegen vermeidbare soziale Nachteile für unsere Arbeiter, die aus der Besetzung Kiaotshau's folgen könnten, wir fordern dies heute energischer denn je.

Zum Jahre 1901 können wir einen neuen Handelsvertrag mit China abschließen. In diesem Vertrag müßten die Garantien enthalten sein, die im Interesse der deutschen Arbeiterklasse gefordert werden müssen.

Unser Erbfeind im Osten ist stets besorgt für seine vollste Kompensationsfrage gegen die ihm auf englische "befreundeten" Kaiserreiche Deutschland und Oesterreich. Der "N. J." wird aus Petersburg gemeldet:

Neben den wichtigen militärischen Personalveränderungen hauptsächlich des russischen Heeres ist eine militärische Veränderung, für die westlichen Nachbarn Russlands von größter Wichtigkeit, nicht weniger vorübergegangen, nämlich die Bildung zweier neuer Armeekorps in den Militärbezirken Wilna und Kiew. Da Rußland zu derartigen Armeeveränderungen seiner Bewilligung einer Volksvertretung bedarf, so erfolgen sie immer überraschend. In diesem Falle ist die Ueberraschung besonders groß, da niemand ahnen konnte, daß Rußland, welches scheinbar in Wien, England und Japan gegenüber so verwickelt war, unter steter Betätigung des Friedens in Europa eine derartige Verstärkung seiner Westgrenze vornehmen würde.

Die Entwörung des Silbers mocht immer weitere Fortschritte und vermindert damit die Aussichten der Bimetallisten, an die freilich kein Verständiger noch glauben kann. Es ist bemerkenswert, daß der Preis für Silber während des Jahres 1897 das Minimum des Jahres, nämlich 20%, niemals überschritten hat. Dieser Preis erhielt sich bis Ende Februar. Von jener Zeit ab fiel derselbe jedoch stetig und trug hierzu die Einführung des Goldfußes in Japan zweifelloß bei. Im August kam eine Panik in den Markt, obgleich nicht der Grund mit Sicherheit festgestellt werden konnte, und in 3 Wochen fiel der Preis von 27 1/2 auf 25 Pence am 25. August und 2. September; es war dies der niedrigste Preis, zu welchem Silber bisher abgegeben worden war. Infolge der besseren Nachrichten aus Indien stieg der Preis jedoch am 6. September auf 25 1/2 Pence und am 20. desselben Monats auf 27 1/4 Pence. Von dieser Zeit an fiel der Preis für Silber am 29. September auf 25 Pence, um jedoch am 6. Dezember wieder auf 27 1/4 Pence zu steigen, und notierte zuletzt 26 1/2 Pence.

Deutsches Reich.

— Graf Pofadowsky's Erlass findet in einer gewissen Presse, so in den "Hamburger Nachr.", dem "Reichboten" und den Spezialen von Herrn v. Stumm und dem Zentralverband ressortirenden Blättern und Korrespondenzen begeisterten Beifall; wenn dabei Vergleiche mit dem Herrn v. Puttkamer mitlaufen, so hat diese Lobeserhebungen der Herr Staatssekretär selbst zu bewerten. Es liegt uns ferne, mit Polemiken gegen die unzulässige Weise schon zurückgewiesenen Verläumdungen und Verdrehungen den Namen unseres Blattes zu füllen. Das Hoforgan des Herzogs von Lauenburg, die "Hamb. Nachr.", predigen wieder den Kreuzzug gegen die Sozialdemokratie. Seinen letzten giftig-schwülen Artikel über dieses von ihm bis zum Ueberdruß behandelte Thema schließt das Blatt mit folgenden, im Tone ruhigen Worten:

Es wird entweder in irgend einer Zukunft einen sozialdemokratischen regierten Staat geben müssen, oder einen Staat, in dem die Gewohnheit, die sich als Sozialdemokratie amtlich bekennen, kein Recht zur staatlichen Mitarbeit haben. Dabei ist keine Art von Gewalt oder Blutvergießen nötig; man kann ruhig nebeneinander leben.

Da heißt es aber konsequent sein! Konsequent wären die Sozialdemokraten von der Militärpflicht und dem Steuerzahlen zu befreien. Bei der Proklamierung dieser Grundsätze wären aber bald 99 von 100 Deutschen Sozialdemokraten.

Einmal thun und das Andere lassen, geht aber auch nicht, wenn man nicht die Revolution von oben proklamieren will, und das wäre doch ein gar zu gefährliches Spiel!

Im "Hamb. Corr." wird in einem nicht redaktionell vertretenen Artikel aus Anlaß des Pofadowsky'schen Rundschreibens auf die Geschichte des ominösen großen Unfallsparagrafen hingewiesen. Die bedeutliche Handhabung dieses Paragrafen des Reichs-Strafgesetzbuchs besagt, daß eine lex Pofadowsky zur Verhinderung aller Streiks zum Tode der Gewerkschaften führen muß. Nichts anderes wollen auch die Hintermänner des Herrn Staatssekretärs.

— Zum Fall Fink veröffentlicht die "Post" an der Spitze ihres Blattes die folgende Erklärung:

Aus Anlaß von Anschuldigungen, welche in einigen deutsch-amerikanischen Zeitungen neuerdings gegen den bei der Redaktion der "Post" beschäftigten Herrn Fink erhoben worden sind, hat Herr Fink bereits vor einigen Tagen die Suspension von seiner Stellung bis dahin beantragt, daß er vor Gericht seine Unschuld nachgewiesen haben werde. Die Suspension ist seit Montag erfolgt; dasselbe ist betreffs der Stellung des Herrn Fink in dem Bureau der freikonservativen Partei geschehen.

Ob die Einzelangaben in der von dem Abg. Sebel heute in dem "Vorwärts" veröffentlichten Erklärung den Vorwurf der Wechsellagerung zu begründen geeignet sind, kann um so mehr dahin gestellt bleiben, als die ganze Angelegenheit richterlicher Entscheidung unterliegt.

Leider wird es nie zu diesem Prozeß kommen, denn Herr Fink wird ebenso wie Herr Neuf in jedem Augenblick seine Klage gegen den "Vorwärts" zurückziehen.

— Die Reichspostdampfer-Subventionsvorlage ist vom Bundesrat jetzt an den Reichstag gelangt. Sie ist zwar noch nicht als Drucksache vertheilt worden, doch sind die Bestimmungen, die sie enthält, bereits bekannt geworden. Sie lauten nach der "Post". Die vorjährige Vorlage, die nach der ersten Lesung vom Plenum des Reichstages an die Budgetkommission verwiesen wurde und dort freies blieb, verlangt der neue Entwurf, daß dem Norddeutschen Lloyd in Bremen dafür, daß er den Postdampferdienst durch Einrichtung einer vierzehntägigen statt der jetzigen vierwöchentlichen Verbindung mit China erweitert, die bisher aus Reichsmitteln vertragsmäßig zu zahlende Beihilfe um jährlich 1 1/2 Millionen Mark erhöht und ihm die Unterhaltung des erweiterten Gesamtunternehmens unter Gewährung der so erhöhten Beihilfe auf die Dauer bis zu 15 Jahren übertragen werde. Die Durchschnitts-Fahrtgeschwindigkeit wird auf der chinesisch-japanischen Hauptlinie in der neuen Vorlage wie in der alten auf 13 Knoten in der Stunde, für neu zu erbauende Schiffe auf 14, statt 12,5 Knoten in der alten Vorlage, und auf 12,6 Knoten in der Zweiglinie, wie in dem vorjährigen Entwurf festgesetzt. Zu den Bestimmungen des vorjährigen Entwurfs tritt neu hinzu nachstehender § 8:

Der Unternehmener verpflichtet sich, auf Verlangen des Reichskanzlers innerhalb der Vertragsdauer auf der chinesisch-japanischen und der australischen Hauptlinie für neu zu erbauende Schiffe eine Erhöhung der vertragmäßigen Fahrtgeschwindigkeit einzutreten zu lassen, soweit auf einer ausländischen Konturrenz-Politik eine Steigerung der vertragmäßigen Fahrtgeschwindigkeit erfolgt. Diese Erhöhung hat ohne besondere Gegenleistung des Reiches zu erfolgen, soweit der Unternehmener der ausländischen Politik die für seine Dampfer vorgeschriebene Fahrtgeschwindigkeit ohne Erhöhung der vertragmäßigen Gegenleistung steigert.

Da nichtsubventionierte Dampferlinien im Verkehr mit Ostasien konkurrenzfähig sind, fällt selbst für Leute, die nicht wie wir Gegner solcher Reichssubventionen sind, jede Veranlassung zur Bewilligung dieser Forderungen weg.

— In der Flottenversammlung im Kaiserhof hat Herr Adolf Boermann die Velleiten der Berliner Kaufmannschaft angegriffen, weil sie sich von dieser Flottengebung ferngehalten haben. Demgegenüber erklärt das Velleitenkollegium, daß es sich, wie Herr Boermann bekannt sein mußte, lediglich aus Veranlassung eines Anschreibens des Präsidiums des Deutschen Handelslages, das die Verhandlungen der Sache in der letzterwähnten Vereinigung zum Gegenstande hatte, mit der Flottenfrage zu befaßten gehabt hat und bei dieser Gelegenheit zu dem Resultat gekommen ist, daß bei diesem Gegenstande, dessen wirtschaftliche Bedeutung nicht verkannt wurde, rein politische Gesichtspunkte derartiger Art wiegen, daß eine Verhandlung in dem lediglich der wirtschaftlichen Interessvertretung gewidmeten deutschen Handelslages sich nicht empfiehlt.

Und der § 8 des Vereinsgesetzes? —

— Protestversammlungen gegen die Flottenvorlage werden berichtet aus Hannover und Köln. In Hannover sprach Genosse Meißner vor 1500 Personen, in Köln Genosse Meißner, wo das Versammlungskollegium ebenfalls überfüllt war. Beide Versammlungen nahmen Resolutionen gegen die Flottenvermehrung an.

— Ein Zentrumsantrag auf Abänderung des Gemeinde-Wahlrechts. Der "Königlichen Volks-Zeitung" zufolge brachte der Zentrum-Abgeordnete Fruchs im Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf betreffend Abänderung des preussischen Wahlverfahrens bei den Gemeinderaths-Wahlen ein, demzufolge in Gemeinden, in welchen die Bildung der Wählerabteilungen nach der Maßgabe direkter Steuern stattfinden, die Wähler in drei Abteilungen getheilt werden sollen, derart, daß von der Gesamtsumme der Steuerträger aller Urwähler 1/3 auf die erste, 1/3 auf die zweite und 1/3 auf die dritte Abtheilung entfallen, jedoch müssen in der ersten Klasse mindestens zehn Prozent und in der zweiten Klasse mindestens zwanzig Prozent der Gesamtzahl der Wähler vertreten sein. Die "K. V. Z." fügt dieser Meldung hinzu, die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu dieser Frage müsse wesentlich für die Stellung mitbestimmend sein, welche das Zentrum bei den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus einnehme.

— Die Offiziösen an der Arbeit. Ueber die Verhandlungen der Reichstags-Kommission zur Vordrathung der Militär-Strafprozess-Novelle findet sich in der Mehrzahl der deutschen Zeitungen, auch in der liberalen Presse, ein umfangreicher Bericht, der sich durch seine einseitige Darstellung und hauptsächlichliche Berücksichtigung der Reden der Regierungsvertreter als offiziöse Arbeit kennzeichnet. Das ist er auch. Der Direktor des Wolff'schen Telegraphen-Bureau's, Dr. Manter, erschien am Dienstag mit einigen Angestellten im Reichstage und ließ sich von einem Regierungskommissar einen Bericht über die Verhandlungen der Kommission diktiert. Der Bericht zeichnet sich unter anderem dadurch aus, daß der prinzipielle Antrag, den unsere Gewissen zu § 1 der Militär-Strafprozess-Novelle gestellt hatten, garnicht mitgetheilt wird; es wird nur seine Ablehnung verzeichnet. Die Offiziösen sind also in ihren Mitteln, um Stimmung für die Regierungsvorlage zu machen, keineswegs wählerisch. Seit wann werden übrigens Regierungskommissare für die Mitarbeit an einem offiziösen Bureau zur Verfügung gestellt? —

Oldenburg, 18. Januar. (Fig. Ver.) Der Landtag wurde heute Morgen 11 Uhr mit einer Thronrede eröffnet. Nach der Thronrede wurden dem Landtage Vorlagen zugehen über die Neuorganisation des Eisenbahnwesens, Eisenbahn-Hochbauten, über ein Gesetz über die Versteuerung des Wandergewerbes sowie über Flusskorrekturen. Die Finanzlage wird in der Thronrede als eine günstige bezeichnet.

Dresden, 18. Januar. (Fig. Ver.) Der Landtag verhandelte heute über die Interpellation Goldstein u. Gen. über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes seitens der Unterbehörden. Der Minister des Innern hatte am 30. November 1897 gegenüber von Bemerkungen unserer Genossen Seifert und Hofmann erklärt, daß die bloße Anmeldung eines sozialdemokratischen Redners als Resistent kein stichhaltiger Grund zu einem Versammlungsverbot sei, ebenso sei die vorherige Nennung des Referenten nicht erforderlich. Gleichwohl sind nach Erlaß dieser Erklärung wieder mehrere Versammlungen aus den vorgenannten Gründen verboten worden; deshalb die Interpellation. Goldstein begründete die Interpellation unter Vorführung des zu Grunde liegenden Materials. Der Minister möge eine befriedigende Erklärung geben, wie er seinen Maßnahmen bei den Unterbehörden Geltung verschaffen wolle. Minister v. Meißner giebt einen Auszug aus der Verordnung vom 6. Juli vorigen Jahres, die seiner damaligen Erklärung zu Grunde lag und laut welcher "in erkennbarer Weise zum Ausdruck gebracht worden oder mit Sicherheit anzunehmen sein" muß, daß in der Versammlung die Gesetze verletzt werden sollen, ehe die Versammlung verboten werden kann. Der Ueberwachende, der dem Abg. Hofmann in der Versammlung zu Saara bei Willau das Wort nicht gestattete und sich hierbei ausdrücklich auf die "Instruktion" seiner vorgesetzten Behörde bezog, sei nur einer "irrhümlichen Auffassung" schuldig. Die Unterführung in dieser Sache schwebte noch, deshalb könne er nicht weiter darauf eingehen. Anders läge die Sache im Falle des Redateurs Frehe. Frehe habe in einer früheren Versammlung über die Aenderung des Landtags-Wahlrechts geäußert: König und Abgeordnete hätten zwar den Eid auf die Verfassung geleistet, aber die Verfassung sei doch nur dazu da, um verletzt zu werden. Frehe sei deshalb wegen Mißthatenbeileidigung in Untersuchung gezogen, aber freigesprochen worden; weil die Aenderung nicht zweifellos habe festgestellt werden können. Bei solcher Anschauung eines Referenten sei die Beschränkung doch nicht ganz ungerechtfertigt gewesen, daß Frehe die Gesetze habe verletzen wollen, er könne deshalb einen Widerspruch mit seiner Verordnung nicht finden. Die Sozialdemokratie nehme die Staatsautorität nur dann in Anspruch, wenn dieselbe ihrer Agitation dienlich sei, sonst nicht; das sei aber ein innerer Widerspruch und die Sozialdemokratie habe deshalb die Konsequenzen zu tragen. Der Antrag auf Besprechung wird seitens der Nationalliberalen und Fortschrittler mit Unterstützung Goldstein in geht hierauf näher auf die Erklärung des Ministers ein und verurteilt dieselbe nach allen Richtungen. Die Behörden hätten im Falle Hofmann direkt die ministeriellen Verordnungen zuwidergehandelt, und bei Frehe sei doch die Unschuld durch die gerichtliche Untersuchung festgestellt worden. Erst nachdem die sozialdemokratische Fraktion diese Interpellation eingebracht, habe man ihn letzten Sonntag im selben Saale sprechen lassen, und es sei nichts Geschwindiges passiert. Das beweise zur genüge die Unhaltbarkeit jenes Versammlungsverbot's. Die Reden des Ministers, daß die Sozialdemokratie unter Umständen anders zu behandeln sei, als andere Parteien, seien Schuld an diesen Zuständen. Der Minister bede nicht seine Beamten und sehe alle Pflichtverletzungen nur als Irrthümer an, und darum trete eine Besserung nicht ein. Alle Gesellschaftsgruppen könnten sich ungehindert besprechen, dem Arbeiter aber werde sein Koalitionsrecht beschlitten; man solle doch nicht so empfindlich sein. In Zwickau habe man sogar Versammlungen, die gegen die geplante Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechts protestieren sollten, verboten, u. a. auch wegen des "gehässigen Tones" der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage; das gebe doch zu weit. Goldstein bringt noch weitere rigorose Verbotsbegründungen zur Sprache. Auf die vom Minister verheißene Remedur in den einzelnen Fällen sei kein besonderer Werth zu legen; er solle ein für allemal das durch die Verfassung garantierte Versammlungsrecht energisch gegen die Behörden in Schutz nehmen. Man solle nicht nur den Beamten sondern auch der Bevölkerung für etwaige "Irrthümer" mildernde Umstände substatuieren. Minister v. Meißner: Die Sozialdemokraten hätten kein Recht, sich mit den Arbeitern zu identifizieren. Fräulein Dorf (Soz.): Die Reichstagswahlen würden dem Minister beweisen, daß die Arbeiter hinter der Sozialdemokratie stehen. Die Partei unterstütze überall die Staatsautorität, wo sie das Gemeinwohl vertritt, wo sie aber lediglich die Interessen der Besthenden schütze, werde man sie zu untergraben suchen. Grünberg (Soz.) bringt weitere Beschwerden vor. Das Ministerium wolle untergeordnet durch sein Verhalten gegenüber dem Volke seine Autorität selbst. In Sachsen sei alles möglich, nur keine Gerechtigkeit. (Ordnungsruf.) Die weitere Aussprache seitens unserer Genossen wird durch einen Schlußantrag abgebrochen; von den Ordnungsparteien nahm kein Redner das Wort.

Aus der Pfalz, 18. Januar. (Fig. Ver.) Die Situation im Wahlkreise Homburg-Rusel wird immer heiterer. Zwei Tage vor der Wahl kommt erst eine ungeahnte Ueberraschung: Der Bund der Landwirthe hat vor den Nationalliberalen kapituliert. Wie die "Pfalz-Presse" heute triumphierend mittheilt, hat die Zentralkleitung des Bundes in Berlin an den stellvertretenden Wahlkreisvorsitzenden des Bundes die Mittheilung gelangen lassen, daß der engere Ausschuss unter Würdigung der Verhältnisse im Wahlkreise beschlossen hat, die Kandidatur für die Kandidatur Lucke aus Bundesmitteln nicht zu unterstützen. Durch diese Erklärung ist Herr Lucke nun von der Zentralkleitung selbst abgesagt worden, jedenfalls für Herrn Lucke das überraschendste, was er in der ganzen Wahllampagne erlebt hat. Zur Begründung des Beschlusses wird ausgeführt, daß der Wahlkreis-Vorsitzende des Bundes, Herr Schmitt, die Kandidatur angenommen habe mit der Erklärung, daß Programm des Bundes der Landwirthe "voll und ganz" anzuerkennen. Daß Herr Schmitt aber auch die Erklärung abgegeben hat — und diese hat ihn eigentlich erst zur Kandidatur verholfen — im Falle der Wahl der national-liberalen Fraktion bezugnehmend, scheint die Zentralkleitung entweder nicht zu wissen, oder sie nimmt sie nicht so ernst. Die Art, wie Herr Schmitt es versteht, auf zwei Schülern Wasser zu tragen, zeigt, weiß' Geistes Kind er ist. Aber die Nationalliberalen hält das nicht ab, mit Woldampf jetzt für seine Kandidatur zu agitieren.

Auch von unserer Seite wurde am Sonntag eine rege Agitation entfaltet; allerdings mußte sie sich auf die Vertheilung von Flugblättern beschränken. In mehreren Ortschaften sollten Versammlungen stattfinden, in denen unser Kandidat, Genosse Erhart, sprechen sollte, aber es war kein einziges Lokal zu haben. Die Gegner hatten einfach die Säle abgetrieben. Selbst der in der Form einer Unterhaltung gepflogene Meinungsantausch mißfiel dem sanitischen Wirthen und sie verboten sich derartige Unterhaltungen. Trotzdem haben wir die besten Hoffnungen auf starken Stimmengewinn, denn die Stimmung unter den Arbeitern ist eine ausgezeichnete, das gestehen selbst die bürgerlichen Blätter zu.

— Das Reichstagsmandat des 7. württembergischen Wahlkreises (Calw-Neuenburg) ist durch den Tod des zur Reichspartei gehörenden Abgeordneten Kammerherrn und Landesgerichtsdirektor Freiherrn v. Gillingen erledigt. Der verstorbene Abgeordnete, der auch viele Jahre dem württembergischen Landtage angehörte, wurde in der Hauptwahl im Jahre 1899 gegen 7400 Stimmen gewählt. Doch wurde die Wahl für ungültig erklärt. In der am 12. November 1898 stattgefundenen Nachwahl wurde er wiedergewählt und zwar mit 8289 Stimmen gegen 633 sozialdemokratische, 6374 demokratische und 193 liberale.

Für die nächste Wahl ist von unserer Partei der Handhuhmacher Otto Wagner als Reichstagskandidat aufgestellt.

Kus Waden, 18. Januar. (Fig. Ver.) In der badischen II. Kammer haben wir in letzter Zeit einige "große Tage" gehabt.

Es ist nicht uninteressant zu wissen, wie diese „großen Tage“ entstanden sind. Zunächst der Statthalterungen, in welche die II. Kammer nach den Weihnachtstagen eintrat, war es nämlich unter den Parteien die stillschweigende Abmachung, daß diesmal darauf verzichtet werden sollte, die Statthalterungen zu einer allgemeinen parlamentarischen Konferenz zu benutzen, wie dies in früheren Beratungen regelmäßig der Fall war. Am ersten Tag ging es auch vorzüglich, man beschränkte sich lediglich auf die finanziellen Debatten. Da gefiel sich am zweiten Tage der zum ersten Mal im Sitzungssaal erscheinende neue Abgeordnete für Durich, Dr. Hinz, in der Rolle eines „enfant terrible“, brachte die ganze Politik, die er aus den Wähler-versammlungen noch bei sich hatte, in die Debatten und hielt eine begeisterte Rede über die Marinevorlage. Nun war natürlich dem Uebel nicht mehr zu steuern und seit drei Tagen werden in der badischen zweiten Kammer nur hochpolitische Reden, eine nach der anderen gehalten. In der gestrigen Abend Sitzung übernahmen es nun der demokratische Abg. Benedey und besonders unser Abg. Adolf Ged, etwas Wasser in den Sprudelwein nationaler Begeisterung und Marineweisheit zu schütten. Abg. Benedey nahm insbesondere in einer prächtigen Rede das persönliche System her. Unser Parteigenosse hielt gestern, und zwar unter dem Beifall der gesammten Opposition, seine erste bedeutende politische Rede im Landtag. Der Anfang seiner Ausführungen richtete sich gegen den früheren Sozialdemokraten und jetzigen nationalliberalen Abgeordneten, den Renegaten Wittum. Dem Demokraten Benedey stimmte er darin bei, daß die finanziellen Folgen der neuen Flottenvorlage in all ihren Konsequenzen eine volle Milliarde betragen werden. 4-5 pCt. aller deutschen Auswanderer gehen in unfertigere Länder, in die deutschen Kolonien, und die anderen gehen in zivilisierte Staaten, nach Amerika, Australien, weil es ihnen dort gefällt; und es kann einem dort gefallen schon wegen der besseren politischen Zustände. In den letzten fünf Jahren sind nach den deutschen Kolonien noch nicht so viel Deutsche ausgewandert, als Matrosen und Soldaten auf der deutschen Flotte sind. Man könne also jedem deutschen Auswanderer einen Matrosensoldaten an die Seite stellen, dann ist er geschützt. Admiral Hollmann habe behauptet, dem deutschen Volke würden die Augen aufgehen, wenn es eine Angriffskriegsflotte bauen sollte. Jetzt sei Tripoli gekommen und dem deutschen Volk sind die Augen wirklich ausgegangen. Die Arbeiterschaft Deutschlands erblickt in der Flottenvorlage den Ausdruck eines offensiven Vorgehens; das sei auch in der Vorlage selbst gesagt. Nach den besorgtesten dieser Reden bei der Absahrt des Prinzen Heinrich kann man nicht Anderes vermuten, als daß Deutschland Eroberungen machen will. Der Anfang ist in der Sinesische gemacht. Jetzt folgen die Befestigungen des chinesischen Hafens, die Garnisonen, Wege und Eisenbahnen, das alles koste enorm Geld, und es werde in späteren Rechnungen dem Volke präsentiert. Es müßten Kohlenstationen errichtet werden, und das sind keine zukunftsstaatlichen Phantasien — sondern sehr nabeliegende Schlässe. Selbst wenn die Vorlage nur 500 Millionen koste, so mache das auf den Kopf der deutschen Bevölkerung 10 Mark, auf eine durchschnittlich vierköpfige Familie 40 Mark aus. Was davon produktiv ins Volk hineingehet, wird so gering sein, daß die große Masse nicht davon verspürt. Der Bau der ägyptischen Pyramiden hat einige Leute reich gemacht und die Massen wurden ausgefaßt; so sei es jetzt. Die Eisenindustriellen werden allerdings einen Vortheil haben; man wird aber die Fabriken einfach nach China verlegen und bei uns werden Arbeiterentlassungen eintreten; es wird Ueberproduktion eintreten, Drückung der Löhne u. s. w., nur der Profit derselben wird steigen, die ihre Gelder im Auslande anlegen. Der Drang, ein paar Groschen mehr Verdienst zu erhalten, sei allgemein, namentlich bei den niederen Beamten; und wenn man dem Finanzminister gebaut habe für den guten Stand der Finanzen, so solle dieser Dank ausgedeutet werden bis zum letzten Schreiber. Die deutsche Arbeiterschaft sieht im eigenen Lande Arbeit genug; sie will die Konstitutionsfreiheit, sie will die Löhne, die Verbrauchsteuern u. s. besichtigt sehen, sie will keine gefährliche Seemannspolitik, keine feierlichen Abenteuer, sondern den Frieden, und sie würde deshalb bei einer etwaigen Wahl nicht auf der Seite Pfister's sein; sie verläßt sich nicht auf einen Zukunftsstaat in Asien, sondern die Kulturarbeit im eigenen Lande soll ausgebaut werden. (Lebtes Bravo bei der Opposition und auf der Gallerie.)

Aus Oeffen, 18. Januar. (Sig. Ver.) Die Zweite Kammer der badischen Landstände tritt Dienstag, 25. Januar, wieder zusammen, um zunächst eine größere Anzahl von Interpellationen zu erledigen, worunter sich auch die Anfrage der Genossen Haas und David wegen des Ladenschlusses an Sonntagen in den rheinischen Städten befindet. Außerdem steht der sozialdemokratische Antrag auf Errichtung einer Landes-Heilanstalt für Augenleidende zur Verhandlung. Er ist unterstützt durch eine Eingabe des geschäftsführenden Ausschusses der freien Vereinigung der Krankenkassen in Oeffen und wird voraussichtlich zur Annahme gelangen. Des weiteren befinden sich eine Reihe von Besuchen von Unterbeamten um Gehaltsaufbesserung auf der Tagesordnung, wovon besonders diejenigen der Schuldiener, Fortwachts und Steuerempfänger unserer Genossen im Landtage Gelegenheit geben werden, die väterliche Fürsorge der Regierung für ihr Beamtenproletariat ins rechte Licht zu rücken. Auch der Bericht der Regierung über die Wirksamkeit des Wohnungsbauforschungsgesetzes dürfte Anlaß zu einigen sozialpolitischen Betrachtungen geben, die den Herren am Ministertisch nicht angenehm sind.

Strasbourg i. E., 18. Januar. (Sig. Ber.) Die vom „Reichs-Anzeiger“ soeben veröffentlichte Ernennung des Direktors der biesigen Altienegeschichte für Boden- und Kommunalcredit, Dr. Petri, zum Unterrichtssekretär und Vorstand der Abtheilung für Jura und Kunst im Ministerium für Elsaß-Lothringen ist in der Presse der Reichslande wie in derjenigen Altienegeschichtslands lebhaft besprochen worden. Man will, da Dr. Petri Eingeborener ist, in derselben einen Beweis des Vertrauens erblicken, den das Reichsoberhaupt dem Reichslande gegeben habe, sowie eine Konzession an die Forderung: „Elsaß-Lothringen den Elsaß-Lothringern!“ Alle diese hübschen Deklamationen erscheinen uns jedoch durchaus nebensächlich, wenn wir die Stellungnahme Dr. Petri's zu derjenigen Frage betrachten, welche die Gemüther des Landes am meisten erregt, zur Frage der Ausnahme-gesetze und der Diktatur. Dr. Petri hat in seinen Reden im Reichstag und Landesauschuss sich des klaren offen als Gegner des bestehenden Regierungssystems in Elsaß-Lothringen betannt und die Abschaffung des Diktaturparagrapfen und der Ausnahme-gesetze verlangt. Wenn er es heute trotzdem über sich bringt, als aktives Mitglied in eine Regierung einzutreten, welche als die feste Stütze jenes Systems zu betrachten ist, so muß angenommen werden, daß dabei seine prinzipielle Gegnerschaft gegen das früher so heftig bekämpfte Diktaturregiment völlig in den Hintergrund gedrängt wurde. Denn von irgend welchen Änderungen in der künftigen Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse des Landes, von denen Dr. Petri etwa seinen Eintritt in die Regierung abhängig gemacht hätte, verläutet bis jetzt nicht das geringste. Es wird also in der bisherigen Weise fortgemacht werden. Wir haben deshalb nicht die geringste Veranlassung dazu, uns für den neuesten Wechsel auf dem Sessel des Jura- und Kunstministeriums besonders zu erwärmen. Denn ob Kasliga oder Petri, das eine bleibt, was vor allem werth wäre, in die Kampfkammer der Geschichte geworfen zu werden: Ausnahme-gesetze und Diktatur.

Desterreich. Prag, 19. Januar. In allen Straßen herrscht heute den ganzen Tag über lebhafteste Bewegung, besonders auf dem Graben und dem Wenzelsplatz. Die Stadt zeigte dieselbe Physiognomie, wie in den letzten November- und Dezember-tagen. Militärpatrouillen durchzogen die Stadt, und Pöbelhaufen rotteten sich zusammen. Man sah viele deutsche Abgeordnete und farbentragende Studenten. Ein Zusammenstoß war bis gegen Abend noch nicht erfolgt. In der Stadt zirkulierten allerhand Gerüchte; man sprach von einer neuerlichen Verhängung des Standrechts und

von namhafter Verstärkung der Garnison. Mit besonderer Spannung wird der morgigen Landtags-Sitzung entgegengehungen. Der hiesige Stadtrath beschloß, dem Statthalter ein Memorandum zu überreichen, in welchem derselbe aufgefordert wird, gegen das provokierende Auftreten der deutschen Studenten energisch einzuschreiten, da sonst Exzesse unvermeidlich seien und der gesammte Handel und das Gewerbe Prag stark in Mitleidenschaft gezogen werden.

Ungarn.

Budapest, 17. Januar. In Melituk im Baecer Komitate wurden bei den vor einigen Tagen vorgenommenen Gemeindevahlen mehr als ein Drittel der Gemeindevorteiler aus dem Kreise der sozialistischen Kandidaten gewählt.

Mohacs, 19. Januar. Der Arbeiterkretel auf den Domänen des Erzherzogs Friedrich nimmt große Dimensionen an Da die Streikenden eine drohende Haltung zeigen, sind weitere Gendarmen-Verstärkungen dorthin beordert. Heute soll die Gendarmerie gegen die Streikenden energisch vorgehen.

Ngram, 19. Januar. In Slawonien ist eine große Hungersnoth unter der Landbevölkerung ausgebrochen. Die hiesigen Blätter veröffentlichen Aufrufe zur Milderung der entsetzlichen Noth. Die zur Bekämpfung der Noth sich organisierenden Landarbeiter hat die kroatische Regierung wie tolle Hunde niederschleßen oder auf zahllose Jahre in den eisenen Ketten sperren lassen.

Frankreich.

Das militärische Panama. Die sozialistischen Abgeordneten erlassen ein Manifest, in welchem sie das Land aufzurufen, denen zu misstrauen, die unter der Flagge des Antisemitismus einen Theil der Bürger zu Gunsten des anderen aus seinem Besitze zu vertreiben wollen, und in der sie vor der Militärgefahr warnen.

Der Ausbau des Hafens von Havre, die Steigerung seiner Konkurrenzfähigkeit für den Verkehr mit Nordamerika gegenüber Bremen und Bremerhaven beschäftigt jetzt die Budgetkommission der französischen Deputirtenkammer.

England.

Eine Verstärkung des englischen Landheeres um 15 000 Mann ist im Heeresauschuss in Aussicht genommen worden.

Sein Kolonialprogramm, das gerade jetzt auch für Deutschland von höchstem Interesse ist, entwickelte der Staatssekretär für die Kolonien, Chamberlain, am 18. d. M. auf einem Festmahle der Riverpooler Handelskammer. Er führte aus, es würde sehr erwünscht sein, wenn es möglich wäre, daß die fortwährende Erweiterung großer Landgebiete zu einem Ende käme. England habe genug Land und genug barbarisches Volk zu regieren und zu erobern; wenn es aber seinen Handel bewahren und heben wolle, so müßte es den anderen Nationen folgen und Acht haben, daß es nicht ausgeschlossen werde. Die Politik der Regierung sei nicht die Erweiterung neuen Landgebietes, sondern die Aufrechterhaltung freier Märkte, selbst wo dies die Erweiterung neuen Gebietes involvire, und die Einnahme einer sehr scharfen Haltung gegenüber jedem Versuche, der gemacht werden müge, England des Gebietes, das es bereits besitzt, zu berauben. Ich empfehle damit keine Politik des Angriffes oder der Wefchloßheit, aber ich behaupte, wir haben eine dreifache Pflicht, erstens festzuhalten was uns rechtmäßig gehört, zweitens für unsere Nachkommen Vorzinsen (claims) abzustufen, und drittens für den Fall, daß irgend wer versuchen sollte, diese Claims wegzunehmen, ihn in aller Güte daran zu hindern. Wenn wir unseren Besitz festhalten wollen, so müssen wir uns auf unsere eigene Stärke und unsere eigenen Rüstungen verlassen und nicht auf die Gunst jener, welche wir vergeblich gesucht haben, zu unseren Freunden zu machen. Wir müssen uns enger an unsere Kolonien anschließen und bei ihnen die Stärke und die Stütze zu erlangen suchen, welche wir nie bei fremden Nationen finden werden. Die Kolonien, sagte der Minister hinzu, seien alle in geüblicher Entwicklung, mit Ausnahme Westindiens, das durch die Zuckerprämien ruiniert werde. England habe vor einiger Zeit beschlossen gehabt, die Mächte zu einer Zuckerkonferenz einzuladen, doch sei ihm Belgien zuvorgekommen. Möge nun die Konferenz ein Erfolg oder Mißerfolg werden. — Der Schatzkanzler werde inzwischen vom Parlamente eine sehr lebendige Summe zur Unterstüzung für Westindien verlangen, eine Summe, die groß genug sei, den dortigen Betrieben und der Bevölkerung das Ueberleben der Krise zu ermöglichen, bis die feindlichen Nationen die Vertheilung ihres Systems einsehen.

Italien.

Eine Ministerkrise droht schon wieder dem Lande. Der Minister des Auswärtigen, Visconti Venosta, dessen Sohn gestorben ist, soll infolge dieses Todesfalles von seinem Amt zurücktreten wollen. Die Blätter fügen hinzu, der Ministerpräsident werde sich bemühen, ihn von diesem Vorhaben abzubringen.

Bekanntlich hat die letzte Ministerkrise aus zwei Gründen sehr lange gedauert, wegen der Weigerung Zanardelli's und Visconti Venosta's in das zu rekonstruirende Kabinett einzutreten. Der Rücktritt des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten würde eine Schwächung des ohnedies nicht starken Kabinetts Ruidini bedeuten.

Ancona, 19. Januar. Im Laufe des gestrigen Tages fanden wieder Kundgebungen statt; nachdem die Teilnehmer an denselben vom Platze vor dem Rathhause und vom Savour-Platze vertrieben worden waren, versammelten sie sich wieder vor dem Stadthoren, wurden aber von britischen Truppen auseinandergetrieben. Ein Trupp der Manifestanten zog nach dem Landhause eines Getreidemallers und versuchte es in Brand zu stecken; das Feuer wurde jedoch bald gelöscht und mehrere Personen wurden, nachdem Militär eingeschritten war, verhaftet. Nachmittags fanden auf dem Savour-Platze und auf dem Corso Ansammlungen statt, die aber mehr aus Neugierigen, als aus Manifestanten bestanden. Gegen Abend besaßen sich noch einige Hundert Manifestanten außerhalb der Stadt, in die sie nicht zurückkehren konnten, weil alle Thore von Militär gesperrt waren. Gestern und heute wurden im ganzen ungefähr 80 Verhaftungen vorgenommen. Man hofft, daß die Wälder heute Abend die Arbeit wieder aufnehmen werden. Inzwischen werden von der Militärbäckerei, wie auch gestern, 150 Junter Brot hergestellt. Auch andere Maßregeln, wie die Einrichtung von Vorkesseln, sind vorgeesehen. Vom heutigen Tage wird aus Ancona telegraphirt:

Die Stadt ist ruhig. Fast alle Läden sind geöffnet, Truppenverstärkungen wurden gestern erwartet. In verflorener Nacht fanden viele Verhaftungen statt, darunter die einiger Leute, welche verdächtigt sind, den gestern gemeldeten Brand in dem Landhause eines Getreidehändlers verursacht zu haben. Truppen durchstreifen die Umgebung der Stadt. Alle Thore werden bewacht. In den Vorhöfen ist die Ruhe nicht gestört. Man glaubt, die getroffenen energischen Gegenmaßregeln werden die Erneuerung der Unruhestörungen verhindern.

Asien.

Ein interessantes Urtheil über China findet sich in der „Geographischen Zeitschrift“ in der Beschreibung des sehr gelobten Buches von Obrutschew „Aus China“. Reise-Erlebnisse, Natur- und Völkertbilder. Der Reisende, der bekannte Geograph Georg Bagger schreibt:

Das Chinesenthum wird voraussichtlich nicht nur wirtschaftlich und politisch für Europa das Hauptinteresse des nächsten Jahrhunderts werden, sondern auch für alle mit der Ethnologie zusammenhängende Wissenschaften. Es ist noch sehr die Frage, ob wir wirklich eine rettungslos absterbende Kulturwelt vor uns haben, oder ob nicht im eigentlichen chinesischen Volke noch ungeahnte Lebenskräfte schlummern, ob nicht der zweifellose gegenwärtige Verfall nur eine Begleiterscheinung der Mandarinewirtschaft ist und mit der Beseitigung dieser gekemmt werden kann. Selbst aber, wenn diese eins so stolze und so wunderbar eigenartige Kultur dem Tode geweiht ist, sind wir doch Zeugen eines der interessantesten und gewaltigsten welt-

geschichtlichen Vorgänge, die gedacht werden können und dem die europäische Wissenschaft vom Menschen jedenfalls wie in einem großartigen Experiment die gespannteste Aufmerksamkeit widmen sollte. Ich habe bei diesen Worten vorzugsweise die Historiker im Auge, die bisher mit geringen Ausnahmen die asiatische Welt arg vernachlässigt haben. Sie müssen erkennen, daß ihr so stolze als „Weltgeschichte“ bezeichneter Strom der menschlichen Entwicklung jetzt einen Zuflus bekommt, von dem noch nicht vorausgesehen ist, ob er später schleichend als Nebenfluß und nicht vielleicht als Zwillingstrom bezeichnet werden muß.

Amerika.

Washington, 18. Januar. Der Finanzausschuss hat sich mit acht gegen fünf Stimmen zu Gunsten des Antrages des Senats Lord's Teller ausgesprochen, nach welchem die Bonds der Vereinigten Staaten in Gold oder Silber, nach Wahl der Regierung, zahlbar sein sollen, und in diesem Sinne an den Senat berichtet.

Chinapolitik. Die „Leipz. Volkstzg.“ ist durch die von uns gegebene einfache Zusammenfassung ihrer eigenen Auslassungen in derselben Nummer völlig erschaffen. Offenbar hatte der Herr Chefredakteur, als er in der 1. Beilage sein Geschwäh losließ, gar nicht gelesen, was in der 8. Beilage seines Blattes abgedruckt worden sollte. Wenn die „Leipz. Volkstzg.“ diesen, allerdings ihren ganzen Geldzug der Lächerlichkeit überantwortenden Thabestand durch erneute und verstärkte Schimpfwörter zu vertuschen sucht, so kann uns das höchstens noch ein Lächeln abgewinnen. Uebrigens fühlt sich die „Leipz. Volkstzg.“ so eingestift, daß sie „nicht mehr mit dem „Vorwärts“ diskutiren“ will. Bei der Art, wie die „Leipz. Volkstzg.“ diese Diskussion geführt hat, können wir das vollständig begreifen.

Wahlbewegung.

Für den Wahlkreis Tiedenburg-Nhaus ist von unserer Partei Geld-Burgsteinfurt als Reichstags-Kandidat aufgestellt worden.

In einer in Tondern abgehaltenen nationalliberalen Vertrauensmänner-Versammlung des Kreises Tondern-Osrum zur Besprechung über die bevorstehende Reichstagswahl erklärten sich 84 Stimmen für die Aufstellung des Amtsgerichtsraths Dr. Brodtschmidt. Auf die gleichzeitig in betracht gezogenen Postbesitzer Edmünd bei Garding und Amtsgerichtsrath Jürgen in Osrum entfielen 9 bezw. 4 Stimmen. — Kandidat der freisinnigen Volkspartei ist der Reichstags-Abgeordnete Dr. Schneider aus Hamburg (Nordb. Bauern). — Von unserer Partei ist G. Koenen aus Hamburg aufgestellt.

Stettin wird mit der Kandidatur des Antisemiten v. Mosch beglückt.

Für den Reichstags-Wahlkreis Wirsich-Schubin wurde in einer am 17. in Rakel abgehaltenen freisinnigen Volkspartei-Versammlung der Chefredakteur Wagner von der „Posener Zeitung“ als Reichstags-Kandidat an gestellt. W. ist auch freisinniger Kandidat im Reichstags-Wahlkreis Wehrich-Post.

Für den Kreis Bunzlau-Lüben ist von dem neuen Wahlverein der Graf v. d. Redde-Polmerstein aus Neuguth (Kreis Lüben) aufgestellt worden. Der Bund der Landwirthe hat dieser Kandidatur zugestimmt. Gegenwärtig wird der Kreis durch den freisinnigen Ober-Landesgerichtsrath Schmieder vertreten.

Für den 5. mecklenburgischen Wahlkreis (Rostock) hat der bisherige Vertreter Dr. v. Buchta, konservativ, die Kandidatur wieder angenommen.

Von der freisinnigen Volkspartei kandidirt für Schleswig-Gedern die Lederfabrikant Ad. Jacobsen aus Schleswig. Der bisherige Abgeordnete Lorenz hatte der Versammlung schriftlich seine Zustimmung zur Aufstellung der Kandidatur Jacobsen mitgetheilt.

In Rostock kandidiren die Konservativen wieder den Ober-Landesgerichtsrath Buchta.

Parier Raumann, der Kandidat für den Jener Reichstags-Wahlkreis, hält gegenwärtig mehrere Versammlungen daselbst ab. Am Sonntag Nachmittag sprach er in Weida vor einer zahlreichen Versammlung, meist Anhänger unserer Partei. In der Diskussion trat ihm Lewen in geschickter Weise entgegen und war es äußerst interessant, daß auf eine Anfrage, wie sich die National-Socialen bei einer Stichwahl zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten verhalten, keine bestimmte Antwort erfolgte, vielmehr Herr Raumann mit der Aussicht kam, darüber müßten seine Wähler entscheiden.

In Offenbach-Dieburg hat das Centrum den Weinhändler Mallhan aufgestellt.

Partei-Nachrichten.

Die Beerdigung Hugo Hillmann's ging am Montag Nachmittags 3 Uhr in Ebersfeld vom Städtischen Krankenhaus aus unter großer Theilnahme vor sich. Der ca. 1000 Personen zählende Zug, in dem das unsterbliche Banner des ehemaligen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins mitgeführt wurde, bewegte sich, von dichten Menschenmassen begleitet, am Rathhause vorbei nach dem katholischen Friedhofe. Da der Pfarrer Raumann unter Berufung darauf, daß Hillmann Revolutionär und Atheist gewesen ist und von den Jeremonten der Kirche nicht wissen wollte, weder den Gehalt eines Liebes noch Reden am Grabe gestattet hatte, mußten sich die Leidtragenden benügen, am Grabe die Kränze mit ein paar Worten der Widmung niederzulegen. Dem Ebersfelder Vertrauensmann Ullenbaum in folgte Reichstags-Abgeordneter Volkensbühr, der die Kranzsende des Parteivorstandes niederlegte. Ferner hatten zahlreiche Orte des bergischen Landes Deputationen entsandt. Nach der Beerdigung wurde in einem Lokale der Stadt eine Gedächtnisfeier abgehalten, wobei die Genossen Ullenbaum, Marx und Volkensbühr sprachen. Mit dem Vortrage der Hymne an die Freiheit fand die erhabende Feier ihren Abschluß.

Die Parteigenossen allerorts, die im Besitze von Adressen aus ihren Verwandten und Bekanntenkreisen in der Provinz Opreußen sind, ersuchen wir, die Adressen sowie Agitationsmaterial für die nächsten Reichstagswahlen nur an R. Krüger, Köpfer, Königsberg i. Pr., Hinter Tragheim 52 L., zu senden. Das Provinzial-Wahlkomitee.

Gänzlichliche Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

In Chemnitz beschäftigte sich eine Parteiversammlung mit der territorialen Erweiterung des „Wobachter's“. Zunächst wurde beschlossen, eine Preßkommission einzusetzen, deren Amtsbauer ein Jahr betragen soll.

Durch ein Schadensfeuer hat der Parteigenosse Jakob Graf in Öggelbach bei Schwandorf im bayerischen Regierungsbezirk Oberpfalz seine Hütte sammt Inventar verloren. Er ist mit seiner Familie zur Zeit im Gemeindehause untergebracht und befindet sich in großer Noth. Da sein Anwesen nur schwach versichert war, die Versicherungssumme demnach nicht hinreichen wird, um den Wiederaufbau der Hütte zu ermöglichen, ergeht von Regensburg die Bitte an die Parteigenossen, dem vom Unglück hart betroffenen Parteigenossen Graf mit ihrer Hilfe beispringsen. Die Sendungen sind zu richten an den Kreis-Vertrauensmann V. Hagen in Regensburg, B. 85, Zigarrenhandlung.

Volgeiliches, Gerichtliches u.

Den jetzt entmündigten Freiherrn von Schorlemer sollte Genosse Lipinski als verantwortlicher Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ durch zwei Artikel beleidigt haben. Es wurde darin Schorlemer ein Wechselfährer genannt und die Frage aufgeworfen, ob Schorlemer ebenso behandelt worden wäre, wie insbesserte sozialdemokratische Redakteure. Der Vormund Schorlemer's, Generalleutnant a. D. von Diefewand in Großenhain, hatte gegen Lipinski Privatklage wegen Beleidigung Schorlemer's erhoben. Das Schöffengericht in Leipzig erkannte aber auf Freisprechung. Lipinski habe in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Aktion, Schuhmacher. Wir geben hiermit bekannt, daß vom 20. d. M. an Wienerstr. 22 bei Senner das ständige Bureau der Agitations-Kommission eingerichtet ist. Wir ersuchen die Kollegen, alle über den Stand der Bewegung betreffenden Nachrichten in der Zeit von 7-9 Uhr abends an uns gelangen zu lassen.

Die Agitations-Kommission.

Der Geschäftsleiter des Verbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen erhebt vom Polizeipräsidenten die Aufforderung, das Mitgliederverzeichnis dieser zentralisierten Gewerkschaft einzureichen. Dieser Aufforderung ist derselbe jedoch nicht nachgekommen, da in erster Linie bestritten wird, daß der Verband auf öffentliche Angelegenheiten einwirkt.

Hiemher erhielt der Geschäftsleiter G. Wirbig ein polizeiliches Strafmandat in Höhe von 15 M., hiergegen ist jedoch Widerspruch erhoben worden und die Angelegenheit dem Rechtsanwalt Wolfgang Deine übertragen worden. Der Verband will die Sache, die für alle Gewerkschaften von größtem Interesse ist, bis zur höchsten Instanz durchsetzen.

Arbeiterjugend. Unter dieser Bezeichnung ist am Sonntag im Leo-Postel, Norderdorferstraße, eine katholische Gewerkschaftsgründung vor sich gegangen. Nach dem Referat des Herrn Weigel, des Leiters dieser Gewerkschaftsorganisation, will man die katholischen Arbeiter dem sozialdemokratischen Einfluß entziehen. Der wöchentliche Beitrag ist auf 5 Pf. normiert und sollen, je nach der Stärke der Vereine, die im Verein vertreten sind, Sektionen, sogenannte Berufsvereine, gebildet werden.

Wir sehen solche Gründungen ohne jede Mißgunst entstehen. Was Berlin betrifft, so wird kaum anzunehmen sein, daß hier ein günstiger Boden für katholische Arbeitergewerkschaften vorhanden wäre. Auch sonst hat die Gewerkschaftsbewegung von der Seite geistlich, daß mit wenigen Ausnahmen, solche Vereine nicht unter Leitung von Arbeitern stehen, sondern sich aus allen Kreisen des Bürgerthums zusammensetzen, die auch im Verein den Ton angeben und nicht selten die Mehrheit der Mitgliederzahl ausmachen. So finden wir auch hier in dem Bericht über die Gründung dieser Vereinigung nicht einen Arbeiter, der seine Zustimmung öffentlich bekundet hätte, wohl aber plädierten einige Herren dafür, sich an die Unternehmer zu wenden, ihrer Vereinigung beizutreten. Das sagt genug. Auf die Frage, wie sich die neue Organisation zu Streik verhalten würde, hieß es, daß die Arbeiter unterstützt werden sollen, die bei Streik von den Fabrikanten ausgesperrt werden. Das wird bei einem Beitrag von 5 Pf. pro Woche nicht einmal immer zu erreichen sein und lenkt natürlich von vornherein die Tendenz der Vereinigung, die, ohne ernsthaft für die soziale Vervollständigung der Arbeiter eintreten zu können, nur den Anhang der Unternehmerkoalition bleiben wird. Diese Zwitterstellung einer Arbeiterorganisation kann nicht dauernd von Erfolg sein, weshalb sich die wenigen enttäuschten Arbeiter von solchen Vereinigungen wieder abwenden.

Deutsches Reich.

Zur Gewerbeberichtsabwahl in Düsseldorf schreibt man uns: Die Liste der sozialdemokratischen Partei unterlag hier bei der Gewerbeberichtsabwahl mit 2650 Stimmen gegen 3780 Stimmen, die auf die Ultramontanen fielen. Abgegeben wurden insgesamt rund 6850 Stimmen, während weit über neun tausend Wahlberechtigte in die Wahllisten sich hatten eintragen lassen. Am allen falschen Meinungen über diese Wahl gleich die Spitze zu nehmen, muß betont werden, daß unsere Düsseldorf-Genossen trotz der Niederlage auf den Ausgang der Wahl, in gewissem Sinne wenigstens, stolz sein können. Was hier an Eignen und Verleumdungen über die Sozialdemokratie und deren Führer, nicht zuletzt auch über die "Niedererrheinische Volkstribüne", geleistet wurde, das spottet jeder Beschreibung. Aus Köln, Gierfeld, Bornen und anderen Städten des Niederrheins holte man die christlichen Fehrenden herbei, ultramontane Reichs- und Landtags-Abgeordnete gestanden gegen uns, immer natürlich unter strengstem Ausschluß jedweder Diskussion. Nachdem auf solche Weise die Wahlmanöver betrieben, ging am Donnerstag und Freitag voriger Woche die Wahl vor sich. Aber nun die "Wahl" selber! Trotz des energischen Protestes unserer Genossen hatte die Behörde nur ein Wahllokal angeordnet, und dazu ein kleiner Saal, fast am Rhein gelegen und von den meisten Fabriken der Stadt eine Stunde entfernt. Mindestens vier Wahllokale, richtig verteilt in den einzelnen Stadtbezirken, wie wir es verlangt hatten, wären nöthig gewesen. Und noch nöthiger, daß die Wahl an einem Sonntag stattgefunden hätte. Aber nein, die Behörde wählte es aus guten "Gründen" besser und die Herren Ultramontanen hielten diese Anordnung gut.

Der Saal war gegen 7 Uhr am ersten Tage vollgepfropft von Menschen. Hier war kein Wählen, sondern nur Wählen wählten, Köpen, Schieben, Quetschen. Die Wahllisten, an zwei Duzend, waren machlos. Doch auf die Tische stellten sie sich, aber machen konnten sie nichts. Es war ein furchterliches Gewühl. Der Wahlstisch, auf dem fünf Urnen standen, wurde oftmals hart bedrängt, so daß man Mühe hatte, daß er nicht umgestoßen würde. Die Urne und der Tabakqualm waren unerträglich. Wohl an sechs Arbeitern wurde über und einer mußte gar ohnmächtig aus dem Saale getragen werden! Ich sah einen Wähler, dem der Leibszieher von oben bis unten in zwei Stücke zerrissen worden war! Ich selber war einmal ca. 10 Minuten im Saale, aber ich war froh, als ich mit Hilfe meiner Ellenbogen das Freie wieder erreichte.

Daß angefaßt an dieser Dinge am ersten Wahltage mehrere tausend Wähler, ohne gewählt zu haben, wieder hinauszogen, leuchtet wohl jedem ein. Am zweiten Wahltage blieben sie aus. Der Wahlprotest hatte zwar noch zu thun, aber nicht den 50. Theil von dem, wie am ersten Tage. So ging denn die "Wahl" zu Ende, wie wir gesehen haben, mit einem "Sieg" der Ultramontanen.

Gewerbeberichtsabwahl. In Tilsit erlangte unsere Liste bei der Wahl am 17. d. M. mit 320 gegen 56 Stimmen, die auf die vereinigten Gegner, Gewerkschaftler und evangelische Arbeitervereinsmitglieder fielen, die große Majorität. Der Erfolg ist von dem Parteigenossen recht freudig entgegengenommen worden.

Die Wahl in Madewornwald ist zu unseren Gunsten ausgefallen. Unsere Genossen erlagen mit 114 gegen 131 Stimmen. Sei dem gestern stattgehabten 2. Wahlgange der Arbeitergewerkschaft zur Ergänzung des Gewerbeberichts zu Weh wurden nach einer Meldung der "Str. P." gewählt: Gerber Voth, Schriftführer G. D. und Schneider Calmes. Die beiden ersteren waren von der sozialistischen Arbeiterpartei aufgestellt, die demnach im ganzen drei ihrer Kandidaten durchbrachte. Damit sind in Weh zum ersten Mal organisierte Arbeiter in das Gewerbeberichts-Verfahren eingedrungen. Noch vor drei Jahren war der Kusturium derselben an der Koalition der Bürgerlichen gescheitert.

Ueber Lohnabzüge in der Weberei schreibt unser Genosse Parteiblatt: "Das System der Lohnabzüge in den hiesigen Webereien nimmt nachgerade eine ungeheure Ausdehnung an. So sind beispielsweise am letzten Wahltage in der Weißflügelschen Weberei unter einigen vierzig Arbeitern deren 38 mit Lohnabzügen bedacht worden, welche die respektable Höhe von insgesamt 59,60 M. ergeben. Wir finden darunter Abzüge von 6,50, 5,00, 4,20, 3,50, 2,90, 2,10 M. u. s. w. bis zu 50 Pf. Betrag. Man kann daraus erkennen, wie viel die Gesamtsumme der Lohnabzüge bei den hunderterten von Arbeitern und Arbeiterinnen dieser Weberei anwächst. Der ohnehin schmale Lohn der Arbeiter wird durch solche Praktiken noch ganz gewaltig beschnitten. Für Fehler, welche infolge schlechten Materials entstehen, für die also das Unternehmertum verantwortlich ist, muß der Arbeiter büßen. Und wie in dieser, so ist es in fast allen Webereien. Daß die Arbeiter durch solche unbegründete Lohnkürzungen nur noch mehr erbittert werden müssen, ist leicht begreiflich und hope Zeit ist es, diesem System ein Ende zu bereuen."

In der Generalversammlung des christlichen Bergarbeiter-Vereins, die am 16. d. M. im Gelsenkirchener Saale, theilte der Vorsitzende Bruß mit, daß der Verein gegenwärtig 21.484 Mitglieder zählt und über einen Kassenbestand von 12.082 M. verfügt. Auf eine Anfrage des Vorsitzenden, ob die Versammlung mit der Leitung des Vereins und der Fachzeitung einverstanden sei, erklärten gegen fünf Stimmen sämtliche Anwesenden ihr Einverständnis. Die nicht anders zu erwarten, begann nun die Attacke gegen den zweiten Vorsitzenden des Vereins, Herrn Wahl, der in einer Versammlung des alten Bergarbeiter-Verbandes Toleranz gepredigt hatte und die Haltung des Vereinsorgans der christlichen Bergarbeiter gegen den alten Verband mißbilligte. Hageldicht fielen die Angriffe auf Herrn Wahl hernieder. Herr Viktor Braun, Lic. Weber schilderten in grellen Farben das schwere Vergehen des Herrn Wahl und behandelten ihn wie einen Abtrünnigen des Verbandes. Daß es dabei nicht ohne starke Kraftanstrengungen die Sozialdemokratie abging, ist selbstverständlich, und schließlich ließ man Herrn Wahl zur Strafe für seine unerwünschte Offenheit bei der Vorstandswahl durchfallen. Herr Bruß wurde dann als Vorsitzender des Vereins und Redakteur des Fachorgans mit einem monatlichen Gehalt von 150 M. angestellt und außerdem beabsichtigt man, falls er seiner Ansprüche an die Knappschaftskasse verlustig gehen sollte, bei einer Lebensversicherung und einer Krankheits- und Unfallversicherungskasse Ersatz hierfür zu schaffen.

Zur Lohnfrage wurde alsdann folgende Resolution beschloffen: "Die Generalversammlung erkennt an, daß namentlich im Ruhrkohlenrevier die Bergarbeiterlöhne eine Steigerung erfahren haben. Diese Steigerung entspricht aber nicht den in der Lohnengabe des Gewerkschafts des vergangenen Jahres gehegten berechtigten Wünschen der Bergarbeiter, sowie der günstigen Lage des Kohlenmarktes und der damit verbundenen, sich stetig steigenden Unternehmergewinne. Die Generalversammlung erwartet deshalb, daß die Bergarbeiterlöhne auch noch in Zukunft den Verhältnissen entsprechend ausgeglichen werden, und daß namentlich auch eine gerechtere, der Billigkeit entsprechende Verteilung der Löhne vorgenommen wird."

Weitere Resolutionen betreffen die Heranbildung der Bergarbeiter und die Verhütung der Unfälle durch eine Mikroskopkontrolle der Bergarbeiter. Ferner beauftragt die Versammlung den Vorstand mit der nochmaligen Einbringung folgender, in der vorigen Session des Reichstages un erledigt gebliebenen Petition: "Der Reichstag wolle an die verbündeten Regierungen das Ersuchen stellen, baldigt einen Gesetzentwurf einzubringen zwecks Erweiterung der Kompetenz der Gewerbeberichtsämter, daß die Gewerbeberichtsämter in Thätigkeit treten können nicht nur zur Verlegung bereits vorhandener Streiklisten, sondern auch zur Verhütung von solchen, und daß die Gewerbeberichtsämter auch dann als Schlichter fungieren müssen, wenn sie nur von einem Theile, Arbeitgeber oder Arbeiter, angerufen werden."

Der Schuhmachereinstreit in Basing. München. Nach zwölf-tägiger Dauer ist der Abwehrestreit der Arbeiter bei Alb. Reiner's Schuhfabrik Basing zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Differenzen fanden unter Anwesenheit des Fabrikinspektors für Oberbayern, Herrn Böllhoff, ihre Erledigung. Dabei wurde protokolliert festgelegt, daß eventuell wieder ausbrechende Differenzen in erster Linie von einer Kommission, bestehend aus je einem Mitgliede des Fabrikantenvereins, der Gewerkschaft und des Fabrikinspektors geprüft werden sollen. Die Forderungen der Arbeiterinnen wurden vollständig bewilligt. Der dießzügliche Beschluß hat rückwirkende Kraft und erhalten die Strepperinnen zum Theil merkliche Beträge für bisher erfolgte Abzüge für Journieren und Verhütung der Maschine ausbezahlt. Der neuerlich erlangte Erfolg ist ein Resultat der starken Organisation der Schuhmachere.

In Roubio (Südtirol) und in Wegstädtl (Böhmen) ist ein Streit der Webherber um die Verkürzung der Arbeitszeit ausgebrochen.

Der Zustand nach den oben genannten Städten ist streng fern zu halten. Das internationale Sekretariat der Federarbeiter. J. A.: G. Ruske, Berlin N., Schwedterstraße 14.

Der Tarif im Buchdruckgewerbe ist nunmehr von 1943 Firmen schriftlich anerkannt, mit denjenigen Firmen, die aus irgend einem Grunde diese schriftliche Anerkennung nicht geben haben, aber nach dem Tarif zahlen, schätzt man die Zahl der zu den Tarifbedingungen arbeitenden Verbandsmitglieder der Buchdrucker auf 19.000. Das Verhältnis in der vorangegangenen Zeit wird klar, wenn wir berücksichtigen, daß im Jahre 1886 1083 Firmen und im Jahre 1890 1017 Firmen den Tarif anerkannten.

Die ausgesperrten Formner und Kernmacher der Grazer Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals A. Kühn haben Montag früh die Arbeit wieder aufgenommen. Der ihnen gestern vorgelegte Lohnantrag erhält im wesentlichen die früheren Lohnsätze und für einige geringe Abzüge sind andere Forderungen bewilligt worden. Damit hätten die ausgesperrten durch ihr tapferes, musterhaftes Verhalten den ersten Angriff auf die an und für sich nicht hohen Lohnsätze abgewehrt und zwar haben dies die jüngeren Formner den älteren, besser bezahlten zu verdanken, die es trotz ihrer Vervollständigung nicht mit ansehen konnten, daß man den jungen Leuten Löhne in die Hand zu drücken versucht, mit denen auch der anspruchslosste Mensch nicht auszukommen vermöge.

Die Filiale des Holzarbeiter-Verbandes in Breslau nahm in der Versammlung am Montag eine Resolution an, in der sie gegen den Plan der Regierung protestirt, den arbeitswilligen Personen in der Zeit der Ausfälle einen noch größeren Schutz zu verleihen, als im § 158 der Gewerbe-Ordnung vorgesehen ist.

Von der Tuchfabrik Albert Müller in Sommersfeld werden gegenwärtig tüchtige Handshuharbeiter gesucht. Wir werden gebeten, den Reflektanten mitzutheilen, daß die Arbeiter dieser Fabrik sich in Differenzen mit der Firma befinden, weil sie an diesen Maschinen Mädchen anlernen sollen.

Ausland.

In Wülflingen (Schweiz) ist, wie der "St. Galler Stadiant" mittheilt, dieser Tage der Präsident der kantonalen Grülli- und Arbeitervereine, Kantonsrath Werstlinger, gestorben.

Das Ende des Maschinenbauerstreiks. Aus London schreibt man uns: Das vereinigte Komitee der Trades-Unions hat bestimmt, die von den Arbeitern dreier Londoner Firmen gestellte Forderung des Restrukturierungs zurückzugeben. Da das vereinigte Komitee so bestimmt hat, sind die Maschinenbauer geneigt, die Bestimmungen anzunehmen.

Ohgleich dies praktisch das Ende der Aussperrung bedeutet, bedeutet es aber auch, daß Arbeiter für lange Zeit ohne Arbeit sein werden, besonders deshalb, weil die Unternehmer entschlossen sind, die Lage möglichst auszunutzen. Weil sie nahe daran waren zu unterliegen, werden sie nun um so nachlässiger sein. Wir tadeln sie nicht. Sie halten zu ihrer Klasse, wie wir zu der unsrigen. Deshalb ist aber auch Hilfe das, was wir am dringendsten brauchen, sollen die englischen Arbeiter nicht in der That auf das Stumm-Carnegie-Oper-Siemens-Ideal dessen, was der Arbeiter "sein soll", herabgedrückt werden.

"Vermitteln Sie," schreibt Barnes, "unseren innigen Dank den Brüdern auf dem Kontinent für ihre großartige Haltung während der langen Zeit des Kampfes und der Noth."

Ein ausführlicher Bericht folgt später.

Der Kampf war ein heldenmüthiger, er wird zu den großen Vorkämpfern gezählt werden. Es gibt Ursachen, die nicht beseitigt werden können, und hier lag eine solche vor. Dieser Kampf war nur eine Phase in dem großen, allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse. Wir konnten ihn nicht vermeiden und haben nun unsere Bemühungen, für die wir sorgen müssen. Unsere Arbeiter-Kranken- und Armenhäuser werden für lange Zeit gefüllt sein. Darf ich um Hilfe bitten für diese tapferen Kämpfer, die für uns kämpft verwendet wurden?"

Unternehmer-Verbände.

Die Standard Oil Comp. setzt ihren Kampf gegen die Konkurrenz fort. In seiner Beantwortung der Interpellation betr. das Vorgehen der Petroleum-Gesellschaften gegen die Petroleumhändler im Reichstage hatte Staatssekretär Graf Posadowski mitgeteilt, die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft habe ihm versprochen, daß die mehrfach getrenzten Verträge zwischen den Monopol-Gesellschaften und Petroleumhändlern, wodurch letztere vollständig in die Hände der Gesellschaften gegeben werden, in Zukunft nicht mehr abgeschlossen werden würden. Nun theilt aber die "Frankfurter Zeitung" mit, daß die Petroleumgesellschaften das Versprechen umgehen. An die Stelle der Verträge seien Bestimmungen getreten, die die Zwecke des Vertrages erreichen sollen und die Weigerung, diese Bestimmungen anzunehmen, werde mit der Strafe der Entziehung der Bahntransportmittel, nämlich der Eisternen-Waggons, geahndet, während den Händlern, die sich den Bestimmungen der Monopolisten unterwerfen, die Eisternen zu dem bisher üblichen Miethsätze überlassen werden. Ferner müssen, wie bereits früher mitgeteilt, die außerhalb der Gesellschaft stehenden Abnehmer höhere Preise zahlen.

Wie mitgeteilt wird, ist die von dem Herrn Staatssekretär des Innern im Reichstage in Aussicht gestellte Abänderung des Zollreglements zu Gunsten des russischen Petroleum bereits erfolgt. Es können also von jetzt ab auch Mischungen aus kanadischem und amerikanischem Petroleum nach Gewicht verzollt werden. Diese Neuerung ist als eine Ausdehnung des bekannten, im deutsch-russischen Handelsvertrage gemachten Zugeständnisses auf Misch-Oele zu betrachten; sie wird zunächst für den Hamburger Platz praktisch eingreifen. Die Interessenten beabsichtigen nämlich, nimmere in größerem Umfange in Hamburger Freihafengebiet Mischungen aus russischem und amerikanischem Petroleum darzustellen und solche dann von dort in das deutsche Zollgebiet einzuführen. Das russische Kerosin ist, wenn es zur Speisung von gewöhnlichen deutschen Brennern benutzt wird, mit dem Mangel behaftet, daß es bei unvorsichtiger Behandlung der Lampe etwas leichter rußt, als das amerikanische Leucht-Oel; dieser Mangel soll aber verschwinden, wenn dem Kerosin amerikanisches Petroleum in einem bestimmten Verhältnis zugesetzt wird.

Die Konvention des Verbandes deutscher Tuch-Großhändler, die sich über ganz Deutschland erstreckt und sich gegen diejenigen Tuchfabrikanten richtet, welche ihre Waaren auch an Private verkaufen, hat in den Kreisen der Fabrikanten selbst die größte Bewegung hervorgerufen, die sich in wiederholten öffentlichen Erklärungen der letzteren kundgibt. Um dem Vorgehen der Tuchgroßhändler zu begegnen, wird jetzt ein Kartell sämtlicher Tuchfabrikanten vorgeschlagen; andererseits will man eine gemeinsame Verkaufsstelle der deutschen Tuchfabrikanten, mit Umgehung der Großhändler in Berlin errichten. Die Angelegenheit dürfte noch zu lebhaftesten Erörterungen zwischen den Beteiligten Veranlassung geben.

Soziales.

Zur Lage der Berliner Dienstmädchen. Die "Kreuz-Zeitung" übernimmt eine Auslassung des ultramontanen "Westfälischen Merkur", der auf Bebel's Aeußerung im Reichstage, daß mindestens 80 pCt. aller Arbeiterinnen in Berlin unter 8 M. Wochenlohn verdienten, mit der Frage ins Feld rückt, warum eine solche Umwälzung von jungen Berliner Mädchen nicht lieber in Dienst gehe, wo sie bei freier Station 80-90 Thlr. jährlichen Lohn und die üblichen Weihnachtsgeschenke erhielten. Das ultramontane Blatt, schnell fertig mit dem Wort, wo es sich um Angehörige des Proletariats handelt, meint, daß die jungen Mädchen deshalb nicht in Dienst gehen, weil sie dann nicht frei ihrem Vergnügen nachgehen können". Wenn Bebel sage: Die niedrigen Löhne führen zur Viederlängtsucht, so werde umgekehrt auch ein Schuß darauf; die Vergnügungssucht und Viederlängtsucht sind dem starken Angebot von weiblichen Arbeitskräften in kaufmännischen und industriellen Betrieben, und das starke Angebot führe zu niedrigen Löhnen.

Durch diese Ausführungen vertragen das ultramontane Blatt und die "Kreuz-Zig." lediglich ihre Unkenntnis der Verhältnisse. Abgesehen davon, daß es in Berlin gar nicht so viele Dienste giebt, um auch nur einen beträchtlichen Theil der alljährlich die Schule verlassenden jungen Mädchen ständig aufzunehmen, abgesehen davon, sind die meist schlecht genährten Kinder des Proletariats schon ihrer Körperschwäche halber nur selten geeignet, gleich nach der Entlassung aus der Schule in den Dienst zu gehen, der gewöhnlich an die körperkräfte stärkere Anforderungen stellt, als die industrielle Beschäftigung. Außerdem müß der Diensthote Fertigkeiten aufweisen, die erst gelernt sein wollen. Die wenigsten "Perrschaffen" haben aber Lust, ein Mädchen zu nehmen, das noch nichts kann. Da nun die Eltern der jungen Mädchen in der großen Mehrzahl der Fälle nicht in der Lage sind, ihre Kinder noch über die Schulzeit hinaus völlig allein zu erhalten, so sind die jungen Mädchen gezwungen, sich eine industrielle Beschäftigung zu suchen. Zum Schluß sei nur noch bemerkt, daß Jahreslöhne von 80-90 Thlr. in Berlin durchaus nicht die Regel sind. Vielmehr bekommen die Dienstmädchen nur 80 und 40 Thlr., was kaum hinreicht, die Kosten für Kleidung und Schuhwerk zu bestreiten.

Landarbeiter-Löhne. Die Agrarier wollen es nicht wahr haben, daß die Zustände in vielen Theilen Ostpreußens einen Arbeitsverdienst von nur 800 M. und darunter erzielen. Was sagen sie nun zu folgender von der "Volks-Zeitung" mitgetheilten Thatsache: Der landwirtschaftliche Zentralverein für Litthauen und Masaren ersuchte den Herrn Regierungspräsidenten, bei der bevorstehenden neuen Festssetzung des Arbeitsverdienstes gemäß § 22 Abs. 2 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes, den Jahresarbeitsverdienst der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Institute und Deputanten männlichen Geschlechts, den thatsächlich gezahlten Löhnen entsprechend, für den ganzen Regierungsbezirk Gumbinnen unter 350 M. festzusetzen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Paris, 19. Januar. (W. T. V.) Heute Nacht verfiel der bekannte Anarchist Gievaud, als er an den Polizeiposten von Montmartre verübergang, zwei Polizisten mehrere Messerstücke und versuchte dann auf den Posten mit dem Revolver zu feuern. Anderen Polizisten gelang, es den Attentäter zu überwältigen. Gievaud war erst vor kurzem aus London zurückgekehrt.

Genoa, 19. Januar. (W. T. V.) Heute früh besaß sich eine Volkmenge vor das Rathhaus und verlangte Maßnahmen wegen des Protzpreises. Die Manifestanten erhielten eine befriedigende Antwort. Trotzdem drang ein Volkshaufe, unter denen sich besonders viele angeregte Frauen befanden, in den Bahnhof und die Lagerhäuser ein und plünderte die Korn- und Meisvorräthe. Truppen, welche aus Genua herbeigeeordert waren, stellten die Ruhe wieder her.

Macera, 19. Januar. (W. T. V.) Heute fand vor dem Rathhause eine Kundgebung zahlreicher Personen statt, welche die Herabsetzung des Protzpreises forderten. Die Polizei zerstreute die Manifestanten, einer derselben wurde verhaftet. In der Stadt herrscht Ruhe.

London, 19. Januar. (W. T. V.) Auf die Anzeige, daß die Maschinenbauer die Forderung des Achtstundentages zurücknehmen, theilte der Verein der Arbeiter den ersten mit, daß alle Werksstätten am 24. d. M. wieder geöffnet werden würden, vorausgesetzt, daß die verbündeten Trades-Unions die Bedingungen in betref der Handhabung des Werksbetriebs annehmen, aber welche in der Konferenz im Dezember v. J. eine Einigung stattgefunden hat.

Petersburg, 19. Januar. (W. T. V.) Die Behörden sind infolge eines höheren Auftrages angewiesen worden, jede sozialistische Agitation im Keime zu erstickt. Alle die Arbeiterbewegung betreffenden Tracts sollen konfiszirt werden, auch die der dramatischen und erzählenden Literatur.

Reichstag.

20. Sitzung. Mittwoch, den 19. Januar 1898. Präsident v. Bismarck eröffnet die Sitzung nach 2 1/2 Uhr.

Die erste Beratung des Zentrumsantrages betr. Änderungen des Strafgesetzbuches — sog. 10x Heine — wird fortgesetzt. Abg. Dr. Hüffel (Rp.): Ich begrüße mit Genugthuung diesen erneuten Versuch, den Missethätigen auf dem Gebiet der Sittlichkeit auf dem Wege der Gefühlsbildung entgegenzutreten.

Abg. Dr. Hüffel (Rp.): Ich begrüße mit Genugthuung diesen erneuten Versuch, den Missethätigen auf dem Gebiet der Sittlichkeit auf dem Wege der Gefühlsbildung entgegenzutreten. Die Schäden der Unsitte untergraben die Gesundheit des Volkes stärker als die verberlichste Epidemie.

Abg. v. Salisch (L.): In Schutz nehmen möchte ich die Polizeibeamten gegen die Verunglimpfungen, denen sie hier ausgesetzt waren. Die Beamten kommen arg in Verfassung, die große Masse hält sich aber durchaus ehrenvoll.

Abg. Jofraut (Nuss.): Das preussische System der Behandlung der Unzucht, das diejenigen weiblichen Personen schlägt, die sich freiwillig der Heerde melden, und die heimliche Prostitution bestraft, ist so ungerecht, wie etwas nur ungerecht sein kann.

Wenn der Abg. Bebel Luther als Zeugen seiner Sache anführt, so zeigt er, daß ihm jedes Organ abgeht zur Beurteilung so großer historischer Persönlichkeiten vom geschichtlichen Standpunkt aus.

Abg. Noeren (B.): Ich freue mich, daß gegen die Tendenz unseres Antrages von keiner Seite Bedenken laut geworden sind. Sollte aber den einzelnen sachlichen Bedenken Rechnung getragen werden, so würde die ganze wohlthätige Wirkung des Gesetzes in Frage gestellt werden.

Abg. Noeren (B.): Ich freue mich, daß gegen die Tendenz unseres Antrages von keiner Seite Bedenken laut geworden sind. Sollte aber den einzelnen sachlichen Bedenken Rechnung getragen werden, so würde die ganze wohlthätige Wirkung des Gesetzes in Frage gestellt werden.

Abg. Noeren (B.): Ich freue mich, daß gegen die Tendenz unseres Antrages von keiner Seite Bedenken laut geworden sind. Sollte aber den einzelnen sachlichen Bedenken Rechnung getragen werden, so würde die ganze wohlthätige Wirkung des Gesetzes in Frage gestellt werden.

und Kunst handelt. Der § 184a soll unsere Jugend schützen; sie soll nicht durch die Ausstellungen schamloser Bilder in Schaufenstern z. verdoeben werden. Jetzt können sich die schamlosesten Nacktheiten öffentlich breit machen, ohne daß das Strafgesetz eine Handhabe dagegen bietet.

Was Herr Bebel über die Ehescheidungen und ihre Ursachen gesagt hat, war zum größten Theil richtig. Man sagt die Ehe jetzt als Geschäfts- und Versorgungsanstalt auf, von der unaussprechlichen Gemeinschaft zwischen Mann und Frau in allen göttlichen und weltlichen Dingen ist nicht mehr die Rede wegen des antikirchlichen Sinnes der Bevölkerung.

Abg. Leuzmann (fr. Sp.): Wir werden die einzelnen Bestimmungen prüfen und hoffen, daß ein Gesetz übrig bleibt, dem wir zustimmen können. Diese Zustimmung ist uns jetzt noch unmöglich.

Abg. Schall (L.): Ich muß mich leider wieder mit dem Abg. Bebel beschäftigen, weil er mich als Vertreter der Kirche in seiner letzten Rede wiederholt angegriffen hat. Damit man im Lande nicht sagt, wir haben wieder einmal die Sozialdemokraten das sagen lassen, was zu sagen unsere Pflicht wäre, will ich hier nochmals unseren Standpunkt darlegen.

Abg. Schall (L.): Ich muß mich leider wieder mit dem Abg. Bebel beschäftigen, weil er mich als Vertreter der Kirche in seiner letzten Rede wiederholt angegriffen hat. Damit man im Lande nicht sagt, wir haben wieder einmal die Sozialdemokraten das sagen lassen, was zu sagen unsere Pflicht wäre, will ich hier nochmals unseren Standpunkt darlegen.

moralisch todt. „Wer seine Ehe bricht, ist für einen todtten Menschen geachtet.“

Abg. Zimmermann (Reform-P.): Es ist schon häufig festgestellt, daß die Angaben des Abgeordneten Bebel sich nicht mit den thatsächlichen Vorgängen decken. Das gilt auch für seine Darstellung der Vorkommnisse beim Dresdener Keglerfest.

Abg. Zimmermann (Reform-P.): Namens Dresdens und der Kegler lege ich Verwahrung gegen Bebel's Behauptungen ein. Durch solche haltlose Beschuldigungen drücken wir nur das Ansehen des Reichstages herab.

Abg. Bebel (Sog.): Zunächst will ich Herrn Abg. Zimmermann einige Worte erwidern; er hat mir gegenüber an die Würde des Reichstages appellirt. Ich glaube, es ist gerade der letzte, der das thun dürfte.

Ich komme nun auf das Dresdener Keglerfest. Der „Verband Dresdener Keglerclubs“ hat in einer Dresdener Zeitung eine fulminante Erklärung veröffentlicht, die lebhaft gegen meine Anschuldigungen protestirt.

Präsident v. Bismarck (unterbrechend): Ich muß den Ausdruck des Herrn Bebel tadeln, wenn er davon spricht, daß Mitglieder dieses Hauses mit ihrer Gefinnung Geschäfte gemacht haben.

Abg. Bebel (fortfahrend): Dort wurde also folgendes mitgetheilt: Schon am Vorabend haben große Keilereien stattgefunden. Auf dem Feste soll es „paloniermäßig“ zugegangen sein.

In Dresden ist vor ganz kurzer Zeit erst eine große Zahl von Bordellen entstanden, und das allerhandalteste dabei ist, daß während einer ganzen Reihe von Jahren einer der bekanntesten Kriminalpolizisten — der auch politisch als wührender Befürworter der Sozialdemokratie sich hervorthat, jedenfalls, um damit sein übriges Betragen zu decken! — Nacht für Nacht in jenen Bordellen verkehrte und sich von ihnen unterhalten ließ, bis er schließlich doch zu arg mit den Strafgesetzen in Konflikt kam.

des Hauses nieder. (Beitritt.) Ich warte nunmehr die Erklärung des Verbandes der Negler ab. Das übrigens solche Feste Gelegenheit zu stütlichen Ausstellungen geben, ist eine allbekannte Tatsache. Die Herren auf der Rechten, die zu den Ausführungen des sächsischen Ministeriums so lebhaft Bravo riefen, wissen das vielleicht aus eigener Erfahrung. Ich will nur noch an einen Fall aus dem Jahre 1890 in Berlin erinnern, wo nach einem Feste ein Frauenverein sich mit einer Petition an den Oberbürgermeister wanderte, daß Vorkahrungen getroffen werden möchten, die eine Wiederkehr jener Organe namentlich auch auf dem bevorstehenden Sedanfeste nicht mehr befürchten lassen. Ich denke also, nach allen Seiten hin meine Angriffe vor acht Tagen gerechtfertigt zu haben. Ohne weitere Provokation will ich jedoch keine weiteren Erklärungen nach dieser Richtung hin machen. — Der Abg. Schall hat vor acht Tagen mir gegenüber behauptet, daß die Sittlichkeit auf dem Lande größer sei, als ich es darstellte, und sich auf ein Buch bezogen. Er hat aber die Quelle nicht genannt. Es genügt, ihn auf die Schrift seines Amtbruders, des Pastors Wagner, aufmerksam zu machen. Danach tritt die Unsittlichkeit auf dem Lande nicht so kraß und öffentlich hervor, sie hält sich mehr im Geheimen. Daraus erklären sich die widersprechenden Urtheile. Pastor Wagner kommt zu dem Schluß, daß es auf dem Lande ebenso hoffnungslos aussehe, wie in der Stadt. Meine Angaben über die widernatürliche Mannessinnung sind richtig. Wären sie es nicht, so wäre schon eine Nichtstellung seitens der Regierung erfolgt. Nähere Mittheilungen entziehen sich der öffentlichen Diskussion. Ich bin gar nicht der Ansicht Benzmann's, der in Bezug auf die Damen wieder zweierlei Maß anzuwenden wollte. Es schadet nicht, wenn die Damen auch mal über diese Dinge etwas hören. Herr Jekronn sagte, mir fehle das Organ, historische Vorgänge richtig zu würdigen. Das Organ, das ihm fehlt, ist das Gehirn. (Große Heiterkeit.) (Präsident v. B.: Ich muß das rügen.) (Heiterkeit.) Luther hatte eine revolutionäre Zeit, es ist die Zeit, in der er mir am besten gefallen hat. In dieser Zeit hat er über die Ehe das stärkste gesagt, was zu sagen ist und was sich heute kein Sozialdemokrat zu sagen erlauben dürfte. Was der Abg. Moeren über den § 184a gesagt hat, hat mich nicht überzeugen können. Pastor Halle hat ein Flottenflugblatt veröffentlicht mit einem Bilde mit zwei nackten Nixen. Die „Germania“ hat erklärt, ein solches Bild könne in keiner Familie den Kindern gezeigt werden. Dieses Bild könnte also auch unter dem § 184a fallen. Der Abg. August Reichensperger nahm Anstoß an den nackten Nixen auf dem damals neuen Hundmarktsteine. Sie sehen die verschiedenen Anschauungen über die Frage. Sie machen es notwendig, daß der Entwurf noch einmal zu der Kommission gehen muß.

Abg. Zimmermann (Meimor.): Der Abg. Bebel hat es wie ein geschickter Tölpel gemacht; er hat das Beweisschema vertauscht. Der Fall Binn hat ja gar nichts hier zu thun. Für seine Behauptungen hat er nur angeführt, es sei ihm dies seinerzeit in Dresden erzählt worden. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ hat sehr oft Privatbesuchdigmungen ausgesprochen, die sie nicht beweisen konnte. Die Dichtereien, die ich verurtheile, haben mit dem Feste nichts zu thun. Die Gummi-Annonce hat allerdings in den „Dresd. Nachr.“ gestanden; sie hat sofort zu einem Protest der Bundesleitung geführt. Die Negler haben mit ihren Frauen und Töchtern Dresden besucht. Durch die heutige Rede hat Abg. Bebel seine früheren Behauptungen nicht erwiesen. Mag er doch gegen den Dresdener Negellub klagen, dann kann die Wahrheit ja geklärt werden. Ich lege nochmals gegen die schweren Beschuldigungen Verwahrung ein.

Abg. Bebel: Es ist eine sehr bequeme Art mir zu rathen, mich mit meinen Widersachern vor Gericht herumzustreiten. Das ist gar nicht meine Aufgabe. Ich habe hier als Reichstags-Abgeordneter öffentliche Mißstände zur Sprache zu bringen und darauf beschließen zu lassen. Vor ein sächsisches Gericht trete ich nicht freiwillig, nachdem ich so oft unfreiwillig vor sächsischen Gerichten gestanden habe. Daß ich den Abg. Zimmermann von der Wahrheit meiner Angaben überzeugen würde, darauf habe ich von vornherein nicht getreuet. Es liegt mir auch nichts daran. Der Abg. Zimmermann sollte mir aber eigentlich dafür dankbar sein, daß ich ihm Gelegenheit gegeben habe, eine schöne Rede zu halten, angesichts der Thatfache, daß sein Dresdener Mandat bedenklich wackelt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Wiescheil (natl.) stellt fest, daß Abg. Jekronn ihn falsch verstanden habe. Er habe nämlich nur gesagt, daß die Mitglieder des Hauses zu jeder Vorleistung gehen könnten, ohne Schaden an ihrer Seele zu nehmen. — Die weiteren Ausführungen des Redners sind bei der Unruhe des Hauses unverständlich. Das Schlußwort erhält

Abg. Spahn (): Nur eine kurze Nachlese. Herr Bebel hat auf das von der „Germania“ jirliche Hüllische Flugblattbild hingewiesen. Ich meine, daß dieses Bild nicht unter § 184a fallen würde, aber darin hat die „Germania“ recht, ein solches Blatt sollten Schulkinde nicht in die Hand bekommen. In Nachen sind die öffentlichen Häuser von der Polizei besetzt worden. Die Strafe, von der Herr Bebel gesprochen hat, hat jetzt einen anderen Namen. Auf Antrag des Abg. Pielesch (natl.) wird der Bescheid vom 1. August 1890 von 14 Mitgliedern verworfen.

Präsident v. B.: Die Abg. v. B.: Ich theile mit, daß heute der Abgeordnete Freiherr v. Hüllingen (Reichsp.) verchieden sei, wie ihm soeben durch ein Telegramm berichtet worden sei. Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr (2. Sitzung des Stats). Schluß 7 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom 19. Januar 1898, 11 Uhr.

Am Ministerische: Schönschödt, Dr. v. Miquel.

Die erste Staatsberatung wird fortgesetzt. Justizminister Schönschödt führt in längerer Rede die Verhandlung aus, daß die gestern von dem Abg. Moritz (Pole) gegebene Auslegung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, daß danach im Jahre 1900 mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs das Niederlegungsgefeh außer Kraft trete, rechtlich unrichtig sei.

Abg. Schmiedung (natl.): Es ist der Finanzgegebung des Herrn Miquel nicht gelungen, die mittleren Einkommen zu entlasten, die Veranlagung mit ihrem Eindringen in alle Privatverhältnisse entwickelt sich zu einer ernstlichen Gefahr, gegen welche wir zeitig auf Schutzbuch nehmen müssen. Die Einführung dreijähriger Veranlagungsperioden würde schon in dieser Richtung günstig wirken. Die Angriffe des Grafen Limburg-Stürm gegen den Bau neuer Kanäle und besonders gegen den Dortmund-Ems-Kanal seien jedenfalls verfehlt; zunächst warte man doch die Fertigstellung dieses Kanals ab, dann wird sich ja zeigen, wie er sich verhält. Wegen den chronischen Wagenmangel der Eisenbahn gibt es kein besseres Ausfallsmittel als den Bau neuer Wasserstraßen. Der Etat läßt deutlich erkennen, daß die Eisenbahnüberschüsse zu tausenden Ausgaben verwendet werden, was ein durchaus bedenklicher Zustand ist. An den Eisenbahnfällen ist der Minister ziemlich oberflächlich vorbegegangen. Er weist auf die Neuaufstellungen hin, aber warum sind diese nicht schon früher erfolgt? Wenn Herr Miquel aber sagt, er hätte nicht geglaubt, daß die Überschüsse der Bahnen den allgemeinen Finanzen zu flatten kommen sollten, auch wenn man dies versprochen hätte, so liegt darin ein Mißtrauen gegen ein gegebenes Versprechen der Staatsregierung. Zu solchem Mißtrauen glauben wir keinen Grund zu haben. Jedenfalls wird der Eisenbahn-Etat einer gründlichen Beratung bedürfen.

Von dem Abg. Dr. Sattler (natl.) ist ein Antrag eingegangen, den Eisenbahn-Etat an eine besondere 2ter Kommission zu verweisen.

Minister Dr. v. Miquel hat gegen eine gründliche Prüfung des Eisenbahn-Etats nichts einzuwenden, da er überzeugt sei, daß die erhobenen Vorwürfe sich als vollständig haltlos erweisen werden. Für die Erleichterung der Gemeindefinzen hat man positive

Vorschläge nicht gemacht. Auerkenne müsse man doch, daß bei uns den Gemeinden die gesamten Realsteuern überwiesen sind, eine Leistung, die noch kein anderer Staat der Welt unternommen habe. Die Ursachen des kolossalen Steuerdrucks liegen in den gesteigerten Bedürfnissen der Gemeinden, die sich alles das leisten zu können glauben, was sie in großen Städten sehen. Was die Eisenbahn-Überschüsse anlangt, so ist es von Anfang mein Bestreben gewesen, zu vermeiden, daß Eisenbahn-Überschüsse, die in Wirklichkeit gar keine Überschüsse waren, für allgemeine Staatszwecke zu verwenden. In diesem Bestreben bin ich den größten Schwierigkeiten begegnet, und ich bin gern bereit, das den Herren in einer besonderen Kommission noch klarer zu machen, womit ich aber für meine Person die Einsetzung einer besonderen Eisenbahn-Kommission nicht empfohlen haben möchte. (Beitritt.) Völlig beitreten kann ich nur den Ausführungen des Abg. v. Epner, daß bei der Führung unserer Wirtschaftspolitik eine Einigung zwischen Industrie und Landwirtschaft dringend nötig ist. Soweit wir der Landwirtschaft Vorteile anwenden können, ohne andere Bevölkerungsklassen zu schädigen, muß es geschehen. In diesem Sinne habe ich auch früher von einer Politik der Sammlung auf wirtschaftlichem Gebiete gesprochen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Vorch (): Das Zentrum wird, wie schon früher, so auch diesmal gegen die Einsetzung einer Eisenbahn-Kommission stimmen. Aus Anlaß der Ueberschwemmungen in Schlesien ist Staatshilfe in Aussicht gestellt; hier wäre größere Beschleunigung am Platze. Ein Wahlgesetz ist leider dem Landtage nicht in Aussicht gestellt. Wir würden wenigstens ein Kommunal-Wahlgesetz gern gesehen haben, da die Mißverhältnisse hier infolge der Steuerreform unerträglich geworden sind. Wir werden einen Antrag in diesem Sinne einbringen. Die Errichtung der Gesandtschaft beim Papst hat früher Herr v. Epner und seine Freunde nach anfänglicher Belämpfung gebilligt. Die Staatsregierung habe auch die Zweckmäßigkeit der Gesandtschaft anerkannt. Wir haben keinen Haß gegen unsere Mitmenschen und wir wissen auch das gleiche von dem Papste, dessen friedlich angelegter Geist jedem derartigen Haße fern liegt.

Abg. Dr. Tramer (l.): Wir wünschen alles zu vermeiden, was den Frieden der Konfessionen stören kann.

Abg. Gothein: Die Eisenbahnverstaatlichung ist schuld daran, daß die glänzende Finanzlage so unglücklich ist. Die Finanzlage ist durchaus günstig; die Eisenbahnrente beträgt 7 1/2 pSt. und es könnte eine erheblicherer Theil zu Verkehrverbesserungen angewendet werden. Eine schrittweise Tarifverbilligung würde ebenfalls möglich sein; man kann sie so einrichten, daß plötzliche Einnahmeausfälle nicht zu fürchten sind. Bei den Gehaltsaufbesserungen ist lange nicht erfüllt, was von den Beamten erwartet werden konnte. Neue Gehaltslinien sind die beste Kapitalanlage. Bei der Vertheilung unserer wirtschaftlichen Lage wird gewöhnlich unsere Ausfuhr viel zu gering angeschlagen, man übersehe dabei nicht, daß auf dieser Ausfuhr stütz ein großes Maß heimischer Arbeit basirt, für welche die Ausfuhr die Veranlassung bringt. Der Landwirtschaft werde man mit den heutigen Mitteln nicht helfen; man sollte jedenfalls nicht jeden als Feind der Landwirtschaft bezeichnen, der diese Mittel nicht billigt. Die hohen Getreidepreise haben nicht die ländliche Bevölkerung vermehrt, sondern lediglich den Großgrundbesitz; der bäuerliche Besitz habe abgenommen. Wer also den bäuerlichen Besitz konseruiren will, der kann nicht Erhöhung der Getreidepreise wünschen. Erst nach den Handelsverträgen begann wieder eine Vermehrung der ländlichen Bevölkerung. Die Interessen der Konsumenten dürfen bei der Wirtschaftspolitik nicht übersehen werden. Er sei kein Gegner der Flottenvermehrung, aber bedenklich scheine ihm immer die napoleonische Politik, die Unzufriedenheit im Innern dadurch zu beseitigen, daß man die Aufmerksamkeit auf die auswärtige Politik lenkt. Die Unterstutzung einzelner Erwerbsklassen bringt keine Zufriedenheit; je mehr man diesen Leuten giebt, desto mehr verlangen sie. Das schlimmste, was die Unzufriedenheit vermehrt, ist die geringe freiwirtschaftliche Entwicklung, sind die Versuche, dem Volke die rechtlichen Rechte einzuschränken und zu rauben, die es hat — zu viel sind es wahrhaftig nicht — und sie werden noch durch die Uebergreifende der Behörden außerordentlich verringert. Es ist eine solche Fülle von Mißthimmung gegen gewisse Verwaltungen im Staate vorhanden, daß man sich vielleicht an Ministerische gar kein richtiges Bild davon macht, wie groß die Unzufriedenheit ist. Ich kann versichern, selbst in Kreisen, die viel weiter rechts stehen, als meine politischen Freunde, ist diese Unzufriedenheit über Maßnahmen der Verwaltungsbehörden und Chantagen der Polizeibehörden ganz außerordentlich. Jeder Beamte im Dienst möchte auch dringendste von den oberen Behörden angewiesen werden, daß er nicht zu schnell vorgehe, sondern daß er den Staatsbürger als einen Menschen zu behandeln hat, dem er zwar mit Festigkeit, aber freundlich und mit Höflichkeit entgegen treten müsse. (Sehr richtig! links) Das ist das Schlimme, daß das Beispiel, das von oben mit kleinen und größeren Gesetzesverletzungen gegeben wird, natürlich auf derartige untergeordnete Beamten potenziert weiter wirkt, namentlich wenn solche Gesetzesverletzungen, wie die bezüglich des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Landräthe und Regierungspräsidenten erfolgt sind, schließlich zu nichts weiter führen, als daß der Minister des Innern dann höchstens von einer nicht geklärten Auffassung spricht. Wie soll sich da in den untergeordneten Organen das Verhältniß dafür entwickeln, was Recht und Gesetz ist und was die Grenze ist, über die man nicht gehen darf. Freilich für die Schulente und die kleinen Leute ist die Sache viel gefährlicher, denn die kleinen Beamten hängt man, die großen eskulpiert der Minister. (Zuruf.) Ja, die kleinen werden teilweise auch begnadigt, aber nicht immer. Man möge also den Beamten etwas mehr das Gesetz einschärfen. Unsere ganze zeitige Entwicklung hat doch eigentlich ihren Hauptgrund darin, daß wir eine Volksvertretung haben, die nicht den rechten Nuth findet, die Rechte und Freiheiten des Volkes zu wahren. (Sehr richtig! links.) Mit snapper Mehrheit ist es möglich gewesen, die Angriffe abzuschnellen, die man auf unser Vereins- und Versammlungsrecht geplant hat. Auf die Ungleichheit der einzelnen Wahlbezirke habe ich schon in der vorigen Tagung hingewiesen; wir haben Wahlkreise, wo ein Abgeordneter auf 85 000 Seelen kommt und solche mit 272 000 Seelen. (Hört! hört! links.) Landestheile, die zu den Staatslasten nichts beitragen, haben eine große Vertretung und die großen Städte und großen industriellen Bezirke, die durch direkte und indirekte Steuern und durch die Verkehrssteuern, die hohen Güter- und Personentaxen so erheblich getroffen werden, haben keine geeignete Vertretung. Braucht man dazu noch Erfahrungen, um eine Uneinheitlichkeit der Wahlkreise vorzunehmen? Hier muß doch einmal Gerechtigkeit geschaffen werden. Wenn die Stadt Berlin z. B. 15 Abgeordnete weniger hat, als ihr nach der Bevölkerungsziffer zukommen, wenn es ähnlich in den Industriebezirken und anderen großen Städten geht, dann ist das nicht Recht und Gerechtigkeit, sondern die Korruptur des Parlamentes. (Beifall links.) Und das sollen wir warten, damit vielleicht dann das Volk, das thatsächlich nicht vertreten ist, in einem solchen Haufe durch eine derartige künstlich gequälte Mehrheit um seine freiwirtschaftlichen Rechte gebracht wird? Das ist eine schwere Sorge in unsern Volke, und deshalb wäre es dringend notwendig, daß hier einmal der Hebel angelegt wird, damit nicht weiter die Mehrheit des Volkes in ihren freiwirtschaftlichen Rechten verflummert wird. Erst dann wird wieder einigermaßen Zufriedenheit eintreten. Nicht Sache einer so kleinen Partei, wie der unsrigen, kann es sein, einen solchen gefahrlichen Vorschlag einzubringen. Aber Pflicht der Regierung wäre es gewesen, schon vor den nächsten Wahlen für eine gerechtere Vertheilung der Wahlkreise zu sorgen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Die Mängel in unserer Eisenbahnverwaltung können wir nur aus der Finanzverwaltung zurückführen. Man hat gesagt: die Unzufriedenheit in den Kreisen der Unterbeamten sei sehr groß und habe sogar dazu geführt, daß einzelne dieser Beamten sich ganz radikalen, zum Theil sogar staatsfeindlichen Parteien angeschlossen haben. Die Erklärung, die wir vor kurzem im Reichstagsgebot gehabt haben, über die Veröffentlichung eines vertraulichen Kundschreibens des

Herrn Staatssekretärs des Innern, leistet einer solchen Meinung entschieden Vorstoß. Ich glaube nicht, daß in einem größeren Umfange Unterbeamte wirklich einer solchen Auffassung der Dinge zuneigen. Wäre es der Fall, dann möchte ich bei dieser Gelegenheit den Herren sagen — und ich glaube, es ist nicht überflüssig, daß das von dieser Stelle aus geschieht —, daß es die allergrößte Thorheit wäre, deren sie sich von ihrem eigenen Standpunkt aus schuldig machen können. Wer die Sozialdemokratie unterläßt, untergräbt unseren heiligen Staat, und wenn die Sozialdemokratie in den Kämpfen, die uns bevorstehen, Siegerin bleibt, dann können auch die Herren Unterbeamten überzeugt sein, daß nicht sie zu ihrem Rechte gelangen, sondern ganz andere Männer in die Staatsstellen einzürücken, nämlich die Hintermänner der Sozialdemokratie, nach dem Prinzip: „oto-toi, quo je m'y metto“. Mit den friedlichen Worten des Abg. Vorch stehen die Thatfachen in Widerspruch, so die Existenz des Zentrums, das ja eine Kampfpartei ist. (Bravo.)

Abg. Dr. Pittreich (): Dem Papst hat es jedenfalls ferngelegen, den Evangelischen von heute Förderung der Sittenlosigkeit vorzuwerfen. Soweit das Zentrum eine politische Partei ist, müsse es dies sein, in nothwendiger Folge der früheren Kirchenpolitik. Damit schließt die Debatte.

Der Antrag Sattler (Ueberweisung des Eisenbahnetats an eine besondere 2ter Kommission) wird abgelehnt.

Die üblichen Staatsheile gehen an die Budgetkommission. Morgen (Donnerstag) 11 Uhr: Rechnungssachen. Novelle zum Gesetz betr. polnische Ansiedelungen. Schluß 3 Uhr.

Parlamentarisches.

Budgetkommission. Der Vorsitzende Abg. v. Karhoff theilt mit, wie er die Eintheilung der Geschäfte vornehmen wolle; danach solle der Etat des Auswärtigen Amtes am Schluß der Beratungen der Kommission erledigt werden. Abg. Bebel erklärt sich gegen diesen Vorschlag. Der Reichstag habe das bringende Interesse, den Etat des Auswärtigen Amtes bald zur Berathung zu haben, um sich über die chinesischen Angelegenheiten auszudisputieren. Seine Partei habe in der Annahme, daß der Etat des Auswärtigen Amtes bald zur Berathung komme, von einer Interpellation abgesehen; solle der betreffende Etat aber so spät zur Erledigung kommen, wie es nach dem Vorschlag des Vorsitzenden geschehen werde, so werde seine Partei eine Interpellation einbringen. Abg. Lieber schließt sich dem Verlangen des Redners an. Abg. Prinz Arentberg erklärt, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes jederzeit bereit sei, der Verathung seines Etats beizuwohnen. Darauf erklärte der Vorsitzende, daß er den Etat des Auswärtigen Amtes nach Berathung des Postetats auf die Tagesordnung stellen werde. Zur Tagesordnung beantragt der Abg. Dr. Gammacher eine Resolution, wonach am Sonn- und Feiertagen mit Ausnahme der Zeit vom 18.—31. Dezember nur bis 12 Uhr Mittag Paketabtragung stattfinden dürfe. Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Singer, Lieber und Lingen wird der Antrag einstimmig angenommen.

Die Titel 2—17 werden ohne Debatte genehmigt. Bei Titel 18 verlangt der Abg. Müller-Sagan eine andere und höhere Gehaltskala. Der Staatssekretär bittet, nicht schon wieder Änderungen herbeizuführen. Geh.-Rath Neumann kommt aus grund längerer Darlegungen ebenfalls zu dem Gesuch, den Antrag Müller-Sagan abzulehnen. Abg. Müller-Sagan spricht sich in dem gleichen Sinne aus. Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Massow, Paasche, Singer und Müller-Sagan wird der Antrag des letzteren gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Zu Titel 20, Post- und Telegraphenämter, bemerkt Abg. Singer, daß er verschiedene Beschwerden über Arbeitszeit, Sonntagsarbeit etc. im Plenum zur Sprache bringen werde.

Zu Titel 21 führt der Referent aus, daß die Postsekretäre petitionirten, mit den Gerichtssekretären gleich gestellt zu werden, er spricht sich gegen die Petition aus. Abg. Müller-Sagan beantragt, die Gehälter der Post- und Telegraphensekretäre im nächsten Etat von 1700 bis 3500 M. auf 1700 bis 3900 M. festzusetzen. Geh.-Rath Neumann sacht nachzuweisen, daß die Annahme des Antrages zu Ungerechtigkeiten gegen andere Beamtencategorien führe. Abg. Müller-Sagan erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag seines Namensvetters, ebenso der Abg. Lingen. Der Antrag wird mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Zu Titel 22 giebt der Staatssekretär eine Erklärung ab über seine Pläne bezüglich einer Umgestaltung der Thätigkeitsabgrenzung des Beamtenspersonals. Auf eine Bemerkung des Abg. Müller-Sagan erklärte er, daß er keine offiziöse Presse mache. Im weiteren spricht sich der Staatssekretär für die stärkere Heranziehung der Frauen zum Postdienst aus, z. B. bei den Postagenturen.

Zu Titel 24: Telegraphen- und Fernsprechstellen, giebt der Referent an, daß im ganzen jetzt ca. 3000 Geistlichen in Dienst seien. Abg. Singer findet, daß die Entlohnung der Telegraphen- und Fernsprechstellen namentlich im Anfang zu niedrig sei, auch sei die Arbeitszeit zu lang besonders in betracht der nervenschwächenden Thätigkeit des Diensts. Bei Urlauben müßten die Damen, falls dieser länger als 7 Tage dauere, die Verretung auf eigene Kosten tragen; das sei hart und ungerecht. Auch sei die Zahl der etatsmäßig angestellten Damen zu gering. Staatssekretär v. Roddeleff antwortet, daß seit 1891 Damen im Fernsprechdienst angestellt wurden, daher konnten noch nicht mehr etatsmäßige Anstellungen finden. Ein Recht auf Urlaub bestehe nicht, aber man thue, was man könne. Im Krankheitsfalle erhielten die Damen Krankengeld, 2/3 ihres Gehalts, und falls die Krankheit aus der amtlichen Thätigkeit resultire, auch den Fortbezug des Dienstpensums; auch sei die Arbeitszeit nicht zu lang und man suche sie ihnen möglichst zu erleichtern; er gebe zu, die Arbeit sei sehr schwer und er möge sie nicht lange Zeit leisten. Abg. Paasche vertheidigt die Position gegen die gemachten Angriffe. Abg. Bebel macht darauf aufmerksam, daß der Dienst der Damen ein außerordentlich schwerer sei und viele wohl überhaupt nicht neun Jahre im Dienst aushalten könnten. Einen großen Theil der Schuld trage auch das Publikum durch seine unvernünftige Behandlung der Telephonisten. Man solle hier seitens der Postverwaltung durch geeignete Maßregeln vorwiegend eingreifen. Im weiteren mahnt Redner die Postverwaltung, sich nicht als Sittenpolizei anzupolieren; man müsse doch den Damen mit Verzeihen entgegen kommen und ihnen zutragen, daß sie selbst wüßten, was sie zu thun verpflichtet seien. Man solle nicht pölistrisch sein. Nach weiteren Bemerkungen des Staatssekretärs und der Abg. Lingen und Müller-Sagan wird der Titel genehmigt.

Bei Titel 25 (Unterbeamte) kommt der Antrag Singer zur Vertheilung. Der Referent spricht sich gegen den Antrag aus, im gleichen Sinne äußert sich der Staatssekretär des Reichs-Schazamts, welcher aus staatsrechtlichen Gründen um die Ablehnung des Antrages ersucht und zwar in seinen beiden Theilen, auch soweit er sich auf Titel 26, Landbrückenträger, bezieht. Abg. Singer berichtigt den Referenten dahin, daß sein Antrag führen zum Ausdruck gelangten Ansichten der Reichstagsmehrheit entsprechende staatsrechtlich erachte er das Recht des Reichstags für zweifellos, Etatspositionen ebenso gut erhöhen, wie ab- oder heruntersetzen zu können. Das entspreche auch früher geäußerten Anschauungen des Abg. Lieber. Der Reichstag müsse jetzt hier sein Recht geltend machen. Sein Antrag wolle nur durchführen, was früher der Reichstag beschlossen hat. Preußen habe sich nach dem Reich, nicht umgekehrt, das Reich nach Preußen zu richten. In Erwägungen hätten die Regierungen Zeit genug gehabt; konnten sie sich über die Erhöhung des Gehalts der Staatssekretäre verständigen, dann auch über das Gehalt der Unterbeamten. Geh.-Rath Neumann bekämpft ebenfalls den Antrag Singer aus staatsrechtlichen Gründen. Abg. Gammacher theilt die Rechtsauffassung des Regierungsvertreters, er könne sich nicht entsinnen, daß das preussische Abgeordnetenhaus je eine Erhöhung einer Staatsposition gegen den Willen der Regierung vorgenommen habe. Warum verweigere die Regierung den Beitritt zum früheren Beschluß des Reichstags? Abg. Müller-Sagan erklärt sich mit dem Abg. Singer vollständig einverstanden. Abg. Lieber: Er

Könne nicht für den Antrag Singer stimmen, halte aber auch nicht für richtig, so bedeutliche Erklärungen abzugeben, als dies seitens des Staatssekretärs geschehen sei; sie wollten vorläufig von einer Einstellung der Forderung in den Etat absehen, aber sie verweigerten so lange die Gehaltssteigerung des Staatssekretärs, bis die verbündeten Regierungen die Forderungen des Reichstags bezüglich der Briefträger zc. anerkannten. Er werde eine Resolution einbringen, die Regierungen auszufordern, einen Nachtragsetat einzubringen. Abg. Graf Moos macht längere sehr unklare Bemerkungen gegen die Anträge auf Gehaltserhöhungen. Staatssekretär von Boddieski sucht das Verhalten der verbündeten Regierungen zu rechtfertigen; er gebe die Berechtigung der Forderung für den Westen zu und die Behörde werde dort schon jetzt so gut wie möglich helfen; im Osten lägen die Verhältnisse anders, da gelte ein Landbriefträger mit 1000 M. Einkommen für eine gute Heiratshypothek. Nach einer kurzen Bemerkung des Grafen Moos beantwortet der Abg. Singer nochmals lebhaft seinen Antrag und erklärt eventuell für den Antrag Bieber zu stimmen. Nach einer Entgegnung des Abg. Bieber gegen den Abg. Singer wird die Sitzung auf Freitag 10 Uhr vertagt.

Novelle zur Zivil-Prozessordnung. Bei der heutigen Beratung nahm die Reichstags-Kommission den § 49a ohne Veränderung an; danach können auch Vereine, welche nicht rechtsfähig sind, verklagt werden und werden dann in bezug auf diesen Rechtsstreit so behandelt, wie wenn sie rechtsfähig wären. Dagegen strich die Kommission einstimmig den § 84, welcher die Reversion einführen wollte, daß auch im Anwaltsprozeße das Prozessgericht von Amts wegen prüfen soll, ob der Anwalt mit einer Vollmacht versehen ist. Der zum § 87 Abs. 1 vorgeschlagene Zusatz wegen der Kostenersatzung wurde lebhaft bekämpft, aber nach langer Debatte von der Mehrheit angenommen. Zum § 99 wurde ein Antrag angenommen, welcher eine neue, den Richter von der mechanischen Tätigkeit befreiende Regelung des Kostenfeststellungswezens bezweckte. Nächste Sitzung Donnerstag.

Die Berliner Anwältin und die Militär-Strafprozess-Ordnung. Der Vorstand der Berliner Anwaltskammer hat eine Petition an den Reichstag gerichtet, dahin gehend, daß die Bestimmungen der Militär-Strafprozess-Ordnung wegen der Verabschiedung dahin abgeändert werden möchten, daß jeder zugelassene Rechtsanwalt bei bürgerlichen Verbrechen und Vergehen von Militärpersonen zu deren Vertretung berechtigt sein solle.

In die Kommission zur Beratung der lex Heinze sind seitens der sozialdemokratischen Fraktion die Abgeordneten Veibel und Kuer in Vorschlag gebracht. Den Abgeordneten Stadthagen, der morgen seine sechswöchige Gast antritt, wird der Genosse Knuert in den Kommissionen vertreten.

Dem preussischen Abgeordnetenhause ist die vergleichende Uebersicht der Ergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung für 1896/97 und 1897/98 zugegangen. An Einkommensteuer ist in Preußen für das Steuerjahr 1897/98 die 2 765 996 Renten der Betrag von 134 954 972 M. veranlagt worden. Im Jahre 1896/97 belief sich dieser Betrag bei 2 654 444 Rentisten auf 127 090 740 M., so daß sich gegen das Vorjahr ein Anstieg an Rentisten von 111 552 und an Steuern von 7 874 232 M. ergibt. Zu diesem Mehr tragen abweichend von den Vorjahren sowohl die physischen als auch die juristischen Personen bei; erstere sind mit einem Mehr von 6 595 881 M., letztere mit einem Mehr von 1 278 851 M. veranlagt. Die nicht physischen Personen waren wie folgt veranlagt: 1417 Aktien- und Aktien-Kommanditgesellschaften mit 7 468 882 M., 97 Berggewerkschaften mit 436 183 M., 300 eingetragene Genossenschaften mit 60 706 M. und 187 Konsumvereine mit 97 892 M. Die Zahl der Bevölkerung hat sich bei der zum Zweck der Veranlagung stattgefundenen Personenstands-Aufnahme auf 81 849 116 Köpfe gestellt, von denen 9068 als Exterritoriale u. dgl., 21 195 789 als solche, deren Einkommen 900 M. nicht übersteigt, steuerfrei gelassen sind. Von den Nicht-Steuerpflichtigen entfallen auf die Städte 7 578 876, auf das Land 13 625 918. Die veranlagten Rentisten ergeben 8,68 pCt. der Gesamtbevölkerung; von ihnen entfallen auf die Städte 1 654 156, auf das Land 1 109 639. Mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. sind veranlagt 845 928 Rentisten, und zwar in den Städten 293 453, auf dem Lande 552 475. In den Einkommensstufen von über 900 bis 3000 M. befanden sich 87,51, von über 3000 bis 6000 M. 8,09, von über 6000 bis 9500 M. 2,18 und von über 9500 M. 2,23 pCt. der Gesamtzahl. Das veranlagte Einkommen der Rentisten beträgt 6 574 627 798 M.; es ist seit dem Vorjahre um 4,74 pCt. gestiegen. Von der Gesamtsumme entfallen auf die Städte 4 410 126 055, auf das Land 1 964 501 743 M. Das Durchschnittseinkommen stellt sich in den Städten auf 2666,09, auf dem Lande auf 1770,08 und überhaupt auf 2306,31 M. Das höchste Durchschnittseinkommen (3497,05 M.) weist der Bezirk Wiesbaden, das niedrigste (1677,58 M.) der Bezirk Arnshagen auf. Für Berlin stellt sich das Durchschnittseinkommen auf 2747,78 M. gegen 2754,58 M. im Jahre vorher. Der Steuerbetrag des einzelnen Rentisten stellt sich im Durchschnitt in den Städten auf 2,16, auf dem Lande auf 1,61 M.

Lokales.

Arbeiterertrag in einem königlichen Musterbetriebe. Aus Espana erhalten wir abermals Mittheilungen, die jedem Profitparanolen das Herz in Reide locken machen werden. Man schreibt uns von dort: Als Jahresabschlussrechnung ist den Arbeitern der königlichen Geschützfabrik die frohe Botschaft geworden, daß ihre Löhne um nicht weniger als 20 pCt. reduziert werden sollen. Dagegen entsag man den Arbeitern die Reinigungsvergünstigung. Diese bestand darin, daß sie mittags und abends eine Viertelstunde vor Beginn des eigentlichen Arbeitsschlusses mit dem Waschen und Umkleiden beginnen durften. Allerdings ist jetzt an Stelle der einflussigen Mittagspause eine solche von anderthalb Stunden eingeführt worden, doch müssen die Arbeiter dafür am Morgen eine halbe Stunde früher beginnen. Man berechnet, daß mit dieser Maßregel die zwei Stunden überreichlich eingeholt sind, die die Arbeiter am Sonnabend zeitiger aufhören dürfen. Ganz besonders peinlich empfanden die Geschädigten es, daß sie jetzt schamlos nach Hause gehen müssen. Für die Waschgelegenheit ist nämlich durch eiserne Rinnen gesorgt, denen das Wasser durch die Maschine zugeführt wird. Mit dem Glockenschlage zwölf Uhr mittags und sechs Uhr abends steht die Maschine still, und den Arbeitern bleibt dann nur soviel Wasser zur Verfügung, als noch im Rohr vorhanden ist. Dieses Quantum reicht aber kaum zur einmaligen Füllung der Rinnen, die oben drei nur in unzureichender Zahl angebracht sind. So kommt es, daß nur die erste Schicht sich nothdürftig reinigen kann, während die übrigen vier bis fünf Schichten in Arbeitskleidung heimzuwandern müssen. Die Arbeiter fordern dringend Abhilfe und erklären, daß sie lieber die frühere Arbeitszeit wieder eingeführt haben wollen, als daß der gegenwärtige, den einfachsten Kulturbedürfnissen ins Gesicht schlagende Zustand bestehen bleibt!

Auch in der Munitionsfabrik hat wiederum ein Lohnabzug stattgefunden. Bereits im August des vorigen Jahres hatte man verschiedenen Branchen die Löhne gekürzt, und nun diese neue Maßregel! Die Arbeiter schickten seinerzeit eine Kommission zum Direktor, um zu versuchen, daß die an ihnen verübte Schädigung rückgängig gemacht werde. Was that die Direktion? Sie brachte es fertig, den drei Männern eine Strafe von je 1 Mark 50 Pfennig zuzubilligen, weil sie den berühmten Zuständen wegen nicht innegehalten hätten. Sie hätten sich erst an den zur völligen Garnlosigkeit verurtheilten Arbeiterauschuss wenden sollen. Inmwichin schlossen die Arbeiter aus den Worten, mit denen der Direktor sie zu beschuldigen suchte, daß ihre Beschwerde Gehör finden würde. Die Direktion fand denn auch einen Ausweg von wahrhaft patentfähigster Genialität. Sie zog nämlich den bisher etwas günstiger entlohnen Branchen ebenfalls viel vom Lohn ab, als den Beschwerdeführern, so daß sich nun in der That niemand mehr über Zurücksetzung zu beklagen hatte.

Die Arbeiter hätten einander vor Scham nicht mehr in die Augen sehen dürfen, wenn sie mit den ständigen Lohnkürzungen ohne Widerstand einverstanden gewesen wären. Als am 12. d. M. der Meister mit dem Schriftführer, in dem der Lohnabzug angefordert war, herangerückt kam und die Aufforderung erging ließ, daß jeder sich durch Unterschrift mit der Maßregel einverstanden erkläre, leistete — zur Ehre der Arbeiter sei es konstatirt — kein einziger dieser Aufforderung Folge. Der Meister zog sich mit dem unbeschriebenen Papier zurück. Am nächsten Tage wurde natürlich schweres Geschick aufgeföhren. Der Meister kam abermals und erklärte, er wolle sich eilige aus der Mitte der Arbeiter heraussuchen; wer nicht unterschreibt, werde sofort gekündigt werden. Es war natürlich, daß die Drohung mit der Hungerpeitsche wirkte. Die Arbeiter unterschrieben. Mit welchem Gefühle sie dies thaten, braucht nicht erst gesagt zu werden. Es versteht sich wohl, daß ihre Empfindungen bei der nächsten passenden Gelegenheit von zuständigen Stelle aus im Reichstage zum Ausdruck gebracht werden.

Frägt man noch, ob denn der Lohn der „königlichen“ Arbeiter so glänzend sei, daß die Lohnreduktionen wenigstens vom profitpatriotischen Standpunkte aus zu rechtfertigen wären, so sei erwidert, daß das Ministerium im Jahre 1890 einen Stundenlohn von 50 Pf. bewilligt hatte. Im Alford wurden 83 Pf. verdient. Jetzt dürfen die Arbeiter es im Alford nur auf 45 Pf. bringen. Wie unwürdig muß eine Regierung sein, die in einer Zeit, wo das arbeitende Volk sich ohnedies immer energischer gegen sie und die von ihr geschickte kapitalistische Ordnung wendet, sich auch das Vertrauen derer verzichtet, auf deren Bewußtseinsfähigkeit es im gegebenen Augenblick ganz besonders ankommen kann.

Unberuheit. Zur Charakteristik des hiesigen „Lokal-Anzeigers“ wird oft gesagt, daß er weder Charakter noch Grundsätze habe. Das ist, wenn auch mit einer bezeichnenden Ausnahme, gewiß zutreffend. Diese Ausnahme besteht darin, daß das Blatt grundsätzlich niemals irgend eine andere hiesige Zeitung mit Namen nennt. Für das Lesepublikum des unparteiischen Organes soll die Welt eben mit dem unparteiischen Drei ausbilden; wie das auswählende Volk seine anderen Götter neben Jehova haben dürfte, so darf auch für die dem „Lokal-Anzeiger“ verfallenen Leute nichts anderes als das Eine Blatt existieren. Dies führt nun die Redaktion zu Kapriolen ganz komischer Art. Heute bringt der „Lokal-Anz.“ eine Lebensbeschreibung des neuen Direktors vom Wiener Hofburg-Theater. Der Artikel ist sogar mit einem Bilde geziert, das angeblich den Direktor in Person vorstellen soll. In dieser Biographie wird berichtet, welche Gymnasien Dr. Paul Schletter besucht hat, welche Bücher er verfasst, wie oft er in Wiener Hofburg-Theater war, und manches sonst noch. Nur eine Mittheilung fehlt, nämlich die, daß Herr Schletter bisher an der „Vossischen Zeitung“ thätig war. Warum? Die Leser des „Lokal-Anzeigers“ sollen eben nicht wissen, daß in Berlin eine „Vossische Zeitung“ existirt. Wer es nicht glaubt, erkundige sich in der Redaktion des unparteiischen Blattes.

Die Geltungsdauer der gewöhnlichen Rückfahrkarten von sonst kürzerer Dauer ist zu dem Osters-, Pfingst- und Weihnachtsfeste bis auf weiteres wie folgt festgelegt: a) zu dem Ostersfeste von einschließlich dem 12. Tage vor bis einschließlich dem 12. Tage nach dem ersten Feiertage; b) zu dem Pfingstfeste von einschließlich dem 3. Tage vor bis einschließlich dem 8. Tage nach dem ersten Feiertage; c) zu dem Weihnachtsfeste von einschließlich dem 7. Tage vor bis einschließlich dem 14. Tage nach dem ersten Feiertage. Die vorstehende Bestimmung soll auch in dem direkten Personenverkehr mit anderen deutschen Eisenbahnen — mit Ausnahme der badischen, Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen, pälzischen, bayerischen und württembergischen Bahnen — und mit anberndeutschen Eisenbahnen eingeführt werden, sofern die fremden Bahnen ihre Zustimmung geben.

Am 1. Februar 1898 wird, wie schon berichtet, der gesammte Personen- und Gepäckverkehr von dem Berliner Nordbahnhof nach dem Stettiner Bahnhof verlegt und die Station Berlin Nordbahnhof für den Personen- und Gepäckverkehr geschlossen. Mit dem gleichen Zeitpunkt wird auch der Holtpunkt Gesundbrunnen (Nordbahnhof) aufgehoben. Sämmtliche Vorortzüge nach und von Oranienburg und Zehlendorf sowie die übrigen vom gedachten Tage ab auf dem Stettiner Vorortbahnhof; die Züge nach und von Kremmen beginnen und endigen auf dem Stettiner Fernbahnhof. Für die bezeichneten Züge tritt vom 1. Februar d. J. ab ein neuer Fahrplan in Kraft, welcher auf den Stationen dieser Strecken und auf den Berliner Bahnhofen zum Ausdruck gebracht ist. Zu dem Taschensfahrplan für den gesammten Berliner Stadt- und Stadting- und Vorortverkehr wird in einigen Tagen ein Verzeichnungsblatt herausgegeben, welches Inhabern des Taschensfahrplans an den Schaltern auf Verlangen unentgeltlich verabfolgt wird. Außerdem sind Fahrpläne in Form der sogenannten Zeitungsbeilage auf den Stationen käuflich zu haben.

Einen sonderbaren Grund zum Verbot einer Versammlung gab die Polizei gestern dem Witthe des neu eröffneten Lokals „Fürstenthor“ in der Köpenickerstraße an. Dort sollte eine Arbeiter-Versammlung stattfinden, die erste, die überhaupt für dieses Lokal angemeldet wurde. Die Polizei verbot aber dieselbe, weil in dem elektrisch erleuchteten Lokal keine Vorhänge vorhanden seien. Dabei sind dieselben zur Stelle, nur sind sie nicht zum Aufschrauben eingerichtet. Vermag man zur Noth diesen Grund noch einzusehen, so bleibt der weiter genannte ganz unverständlich. Das Lokal befindet sich nämlich im Hofe; es sind reichlich Ausgänge vorhanden. Den Hauptausgang nach der Straße bildet ein weites eisernes Thor; am Fußboden ist dasselbe mit einem starken Mechanismus befestigt, der bei kräftigen Anzügen und Reiben nicht nachgibt. Nun verlangt die Polizei, dieses nur wenige Centimeter hinter der Fußstrecke liegende Thor müsse nach außen aufgeschlagen! Sonst könne es nämlich im Bedrange gedrückt werden und den Ausgang versperrten. Diese Forderung für die Versammlungsbefucher ist wahrhaft lächerlich — besonders wenn man bedenkt, daß zur selben Zeit im gleichen Lokal ungehindert ein Vergnügen stattfinden durfte.

Fran Direktor Busch ist gestorben. Einen schweren Schlag hat der Leiter des bekannten Zirkus Busch, Direktor Busch, erlitten. Gestern Morgen verstarb plötzlich an einem Herzschlage seine Gattin. Fran Direktor Busch war eine vorzügliche Fleiterin; vor allem aber waren die glänzenden Ausstattungsstücke ihr Werk. Das Establishement erleidet durch den Tod seiner Direktorin einen schmerzlichen Verlust.

Auf frischer That ertappt und entwischt waren am Sonntag früh drei Einbrecher, die es auf ein Delikatessenwaaren-Geschäft in der Königsgräberstraße 34 abgesehen hatten. Den Spüßboden war es wohl zu schwer geworden, in den Laden selbst einzudringen, und sie hatten sich daher damit begnügt, den Schaufenstern zu pflücken. Als sie dabei waren, Flaschen mit Cierocognac und andere schöne Sachen einzusacken, schlich sich ein uniformirter Schuhmann an sie heran und packte zwei von ihnen mit festem Griff, während der dritte entließ. Um die beiden sicher nach der Wache bringen zu können, wollte der Beamte sie fesseln. Nun brauchte er aber, um seinen Anbel aus der Tasche zu ziehen, beide Hände und als er sich dazu anschickte, machten sich die Spüßboden aus dem Staube, der eine nach rechts, der andere nach links. So entkamen alle drei, allerdings unter Zurücklassung der Beute. Einen der Einbrecher aber hat nachträglich ein Kriminalbeamter auf dem Potsdamer Bahnhof wieder eingefangen.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Durch den Amtsvorleser zu Neu-Weihensee sind drei Eigener und zwar Karl Petermann und zwei mit Namen Michael Petermann, zur Haft gebracht worden, die von dem Eigener Demeter und dessen Ehefrau des Raubes beschuldigt worden sind. Demeter behauptet, vor etwa zwölf Wochen in der Nähe von Kottbus, auf öffentlicher Straße von Michael Petermann (Jüngerer) und 2 unbekanntem Eigenern überfallen und seiner Bauschaft im Betrage von 800 M. beraubt worden zu sein. Einen ähnlichen räuberischen Ueberfall sollten vor etwa acht Wochen Karl Petermann und Michael Petermann in der Nähe von Kottbus ausgeführt und hierbei dem Demeter 200 M. geraubt haben.

In beiden Fällen haben die Thäter angeblich den Demeter von seinem Fahrwerk heruntergezogen, ihm den Kopf auseinandergerissen und mit Gewalt sich das Geld, bestehend aus Hundertmarktscheinen, welches Demeter in der inneren Brusttasche seines Rockes trug, ausgeignet. Die Beschuldigten bestritten auf das entschiedenste die ihnen zur Last gelegten Thaten und es dürfte sich erst durch die Untersuchung ergeben, ob die Angaben der Demeter'schen Eheleute auf Wahrheit beruhen.

Durch einen Sturz in eine Fensterscheibe ist gestern der 22 Jahre alte Handlungslehrling Wolfgang Schwenke in der Puppenhandlung von Bette, Bud u. Lachmann schwer verunglückt. Der Mann glitt beim Puhen auf der Fensterscheibe aus und fiel, während er sich mit der rechten Hand am Fensterrahmen festhielt, mit der linken in die Scheibe. Hierbei schmitt er sich die Pulsader durch, so daß er, nachdem er aus der Unfallstation I einen Verband erhalten hatte, in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Der Rauchklub „Immer heiter“ veranstaltet am 19. Februar im Establishement „Eiseller“ einen Maskenball. Bekanntlich ist dies Lokal für Arbeiterversammlungen nicht frei.

Wie der Arme stirbt. Todt aufgefunden wurde am Mittwoch Nachmittag ein „Naturforscher“ auf dem Müllabladeply in den Rehbergen. Bei ihm fand man seinen Haken und eine leere Schnapsflasche. Die Persönlichkeit konnte man nicht feststellen. Es ist ein alter Mann mit weißem Haar und Bart.

Ein Schwindler im großen ist den Strafbehörden vorläufig entwischt. Der Handelmann Wilhelm Sieck, der früher in Weisenberg, dann in Pantow und zuletzt in Berlin wohnte, betrieb vor längerer Zeit ein Handelsgeschäft mit allen möglichen Sachen. Dies schien ihm aber nicht genug einzubringen, und so begann er vor Jahresfrist, sich auf ebenso vielfältige Schwindelkünste zu verlegen. Sehr stark war er namentlich in Hypothekenschiebungen und Unterbringung von faulen Wesseln. Dann verstand er es auch, sich auf Kredit Waaren zu verschaffen, die er zu Schlenkerpreisen sofort wieder verkaufte. Als ihm vor einigen Tagen Verhaftung drohte, verschwand er. Zahlreiche Gläubiger trauern ihm nach.

In den Schornstein geföhrt ist Dienstag Abend im Hause Elbingerstraße 5 bei seinen Kletterversuchen auf dem Dache der Schulstraße 5. Da die Hausbewohner ihn nicht befreien konnten, wurde die Feuerwehr alarmirt, die den Gefangenen bald herausholte. Er hat ohne ernstlichen Schaden das Abenteuer überstanden. Der Knabe, der Sohn eines Schlächters, ist geisteskrank.

Seht es wirklich nicht ohne den Sabel? Der Polizeibericht meldet: Als gestern Abend ein Schußmann den obdachlosen Arbeiter Hermann Prange wegen Diebstahls nach der Wache bringen wollte, widersetzte sich dieser und griff den Beamten thätlich an. Der Schußmann mußte infolge dessen von seiner Waffe Gebrauch machen und verletzte seinen Gegner erheblich am Kopfe. Prange wurde in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Der Bau der ersten Bahnhofsallee der elektrischen Hochbahn ist jetzt in der Gitschinerstraße in Angriff genommen.

Ueber den Kampf um das Licht hielt am Dienstag Abend Herr Dr. G. Raf in der kleinen Urania einen durch zahlreiche Experimente erläuterten Vortrag. Es war ein Stück Kulturgeschichte, das der Redner in der anderthalbstündigen Darstellung seinen Hörern vor Augen führte. Betrachtet man, was mit einiger Einschränkung geschehen kann, das Dichtvorlangen des Mensch als Wohlthät für sein Streben nach geistiger und sozialer Entwicklung, so ist der hoffnungsvolle Schluß berechtigt, daß keine Kulturperiode so energisch die allgemeine Erkenntniß gefördert hat, als die gegenwärtige. Zehntausende behaf der Mensch sich mit dem heute noch in ländlichen Hütten gebräuchlichen Kienpfun, weitere Jahrtausende hindurch mußte er sich mit dem trüben Oelströmen begnügen, dem sich im vierten Jahrhundert unserer Zeitrechnung die nicht minder triste Talglitze hinzugesellte. Ein ganz langsamer Fortschritt war erst erreicht, als vor hundert Jahren der Gaszylinder erprobt wurde. Dann kam zu Beginn dieses Jahrhunderts das Licht aus Steintohlengas, das im Jahre 1812 zum ersten Male in London die Straßen leiblich schwach erhellte. Aber auch in dieser Beleuchtungsart wurden mit Ausnahme des gegen die Mitte des Jahrhunderts erfindenden Argandbrenners keine praktisch brauchbaren Fortschritte gemacht, bis in den achtziger Jahren das elektrische Licht auf den Plan trat. Diesem gefährlichen Konkurrenten der Gasbeleuchtung trat zuerst der Siemens'sche Regenerativbrenner entgegen. Obgleich durch diese Neuerung Lichtstrahlen erzeugt wurden, die denen des elektrischen Vogenlichts gleichlamen, war doch mit anschauerlicher Leichtigkeit der Untergang der Gasbeleuchtung zu prophezeien. Da trat als ihr Ketter Herr Dr. Kuer von Weisbach auf, dessen im Jahre 1885 patentirtes und seitdem vielfach verbessertes Glühlampensystem sich im Flug die Welt eroberte. Herr Dr. Raf führte seinem Publikum nicht allein die verschiedenen durch den Glühlämpchen präsentierten Beleuchtungsarten vor Augen, sondern gab auch in interessanten Darstellungen ein Bild von seinen ziemlich unbekannt gebliebenen Vorgängern, dem Drummond'schen Kalklicht und dem Fabry'schen Licht, um sich dann mit den neuesten Erzeugnissen in der Gasbeleuchtung, dem Acetylen, dem Strömungskochgas und dem Hydrocarbongas zu befassen. Der vielerörterten Entdeckung des Acetylenlamps gegenüber verhielt der Redner sich ziemlich skeptisch. Abgesehen von der Gefährlichkeit, die darin liegt, daß dies Gas überaus einfach herzustellen sei und daher den Gefahren leichtfertiger Experimenten verleihe, sei das Rufen der Flamme trotz mannigfacher Verbesserungen noch nicht völlig beseitigt. Einige Beachtung schenkte der Redner noch dem in den sechziger Jahren in Brauch gekommenen Licht des armen Mannes, dem Petroleumlicht, sowie dem Spiritus- und Petroleumglühllicht, dessen Anwendung im wesentlichen noch der leidige Anstand entgegensteht, daß es eine überaus lästige Behandlung erfordert. Zum Schluß befaßte der Redner sich mit dem neuerfundenen Selbglünder und Fernglünder für Gasbeleuchtung.

Der Vortrag veranschaulichte deutlich, daß der Kampf um das Licht zwar immer weitere Kreise in seinen Baun zieht, daß vorab aber der größte Theil der Bevölkerung noch wenig von den neuen Erzeugnissen genießt. Die Thatfache, daß selbst in den Großstädten das Proletariat immer noch auf die primitive Petroleumbeleuchtung angewiesen ist, beweist deutlich, daß auch in diesem Fall die Früchte des Menschengesistes für den hauptsächlichsten Theil der Menschheit nicht vorhanden sind. Für den Arbeiter ist der Kampf um eine bessere Lebenshaltung, den er mit der herrschenden Klasse ausführt, im wörtlichen wie im figiirlichen Sinne ein Kampf um das Licht.

Feuerbericht. Dienstag Nachmittag 5 1/2 Uhr entzünd Weisenburgerstraße 35 durch Unfällen einer Petroleumlampe ein kleiner Zimmerbrand, der aber durch die Wehr rasch beseitigt wurde. Zur selben Zeit erfolgte Mäckerstraße 120a ein Gardinenbrand. Eine Stunde später halte die Wehr Urbanstraße 107 ein Pferd aus der Grube zu holen. Ein Schadenfeuer rief die Wehr um 9 1/2 Uhr nach Triftstr. 47. Hier stand ein größerer Holzstoß auf einem Holzplatze in Flammen, die erst nach längerem Wassergeben gelöscht wurden. Bald nach 10 Uhr geriet in Potsdamerstr. 22b auf einem Hängeboden Kleidungsstücke und Betten in Brand, der jedoch im Keime erstickt werden konnte. Mittwoch Nachmittag 4 Uhr entzünd Reinerstraße 57a ein Küchenbrand, bei dem neben Kleidungsstücken auch Fußboden und Balkenlage stark beschädigt wurden.

Der Verein Berliner Presse bekrankte heute im Architektenhause einen Vortragabend. Das von Dr. Schweninger behandelte Thema lautete: „Kerzliche Pflaubeieren“. Unnumerierte Plätze à 1,50 M. sind in den genannten Buchhandlungen zu haben.

Aus den Nachbarorten. Friedrichshagen. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß vom 15. bis 30. Januar die Wählerlisten zur Gemeindevertreterwahl täglich im Gemeindebureau während der Vormittagsstunden ausliegen. Ein jeder Genosse ist verpflichtet, sich davon zu überzeugen, ob er eingetragen ist. Genossen, welche verhindert sind, selber Einsicht zu nehmen, können sich melden bei

Verfassungen.

Die zweite Protest-Verammlung der Frauen und Mädchen tagte am Dienstag Abend in Adams' Brauerei, Moabit, und hatte sich eines äußerst zahlreichen Besuchs von Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse zu erfreuen. Angehörige anderer Bevölkerungsklassen sah man nur vereinzelt. Die Referentin, Frau Nothardt, legte in scharf umrissenen Zügen den Unterschied des Protestes der Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse gegenüber der Protestbewegung der bürgerlichen Frauenschaft anlässlich des Falles Köppen dar. Sodann schilbert dieselbe an treffenden Beispielen die Gerechtigkeit und Unentschiedenheit der gesetzgebenden und verwaltungspolitischen Körperschaften in ihren Maßnahmen zum Schutze der Sittlichkeit. Sehr schlecht kamen dabei die Herren Fischer und Pastor Schall weg wegen ihrer an den Tag gelegten Ansichten bei Beratung der lex Feinke. Ersterer habe unbedingt verdient, daß ihm die Arbeitgeber Deutschlands, soweit dieselben weibliche Personal beschäftigen, eine Dankadresse zugehen lassen. Weiter legt die Referentin an der Hand von Beispielen dar, wie die Befestigung und noch viel mehr die Auslegung der Gesetze, namentlich des § 381, dazu angethan seien, die Frau von vorübergehendem Unterhalt wegzunehmen. Deshalb sei es nicht unangebracht, wenn man sagt: wir Frauen müssen fortgesetzt in Zukunft vor so manchen „Schwengeln“ schweben. Frau Nothardt schließt ihre von heiter Zustimmung begleiteten Ausführungen mit den Worten: „Unter derzeitigen Umständen muß man sich schämen als Weib, eine Deutsche zu sein!“

Der zweite Redner, Reichstags-Abgeordneter Penn, konnte sich in ansehnlicher Weise umfänglich über das Sachverhältnis der ersten Rednerin darauf beschreiben, die sozialen und psychologischen Ursachen der in letzter Zeit wiederholt zu Tage tretenden Arbeitslosigkeit von Polizeibeamten zu beleuchten. Im übrigen sei es ganz unnötig, daß die Polizei bei den ihr heute zugewiesenen Aufgaben Wirkstoffe nach Art des Falles Köppen gänzlich vermeiden könnte. Sie hat ja nur die „höhere“ Ordnung aufrecht zu erhalten; um die inneren Beweggründe der Erscheinungen, um den Kern der Sache, hat sie sich überhaupt nicht zu kümmern. Deshalb sei aber auch die Polizei nie und nimmer im Stande, die „Sittlichkeit“ zu schützen. Eine Diskussion fand nicht statt. Einstimmig gelangte die in der ersten Protest-Verammlung aufgestellte Resolution zur Annahme. Nachdem noch zum regen Besuch der am 26. Januar bei Puhlmann, Schönhauser Allee, stattfindenden Volksversammlung, in der Frau Zellin referieren wird, aufgefordert worden, schloß die imposante Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die internationale, völkerverbindende Sozialdemokratie.

Der Verband der Handelshilfsarbeiter Berlins und Umgegend hielt am Dienstag, den 11. d. M., in den Armiahallen seine erste Generalversammlung für 1898 ab. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist ersichtlich, daß 5 General-Versammlungen, 6 Versammlungen mit agitatorischen Vorträgen und 2 Versammlungen mit wissenschaftlichen Vorträgen stattfanden. Die geschäftlichen Angelegenheiten des Verbandes erforderten 52 Vorstandssitzungen. Im Februar wurden 5000 Flugblätter unter die Berliner Kollegen verbreitet, desgleichen im Oktober 5000 Flugblätter. Durch das letzte Flugblatt erhielt der Verband einen bedeutenden Zuspruch von neuen Mitgliedern. Feste fanden 6 statt. Rein als Kassierer gab hierauf den Kassenbericht. Das letzte Quartal 1897 ergab an Einnahmen 8090,30 M., an Ausgaben 2607,75 M. und einen Ueberschuß von 482,55 M. Die Abrechnung vom verfloßenen Jahr stellt sich wie folgt: Einnahmen 11 646,44 M., Ausgaben 12 138,64 M., Defizit

512,20 M. Kassenbestand am 1. Januar 1898 2174,79 M. — Dem Bericht des Bureaubeamten zufolge meldeten sich im IV. Quartal 116 Mann als arbeitslos. Vakante Stellen wurden gemeldet 197. Von diesen wurden für fest 79 und für Aushilfe 45 bereit, nicht zu besetzen waren 79 Stellen. — In den besetzten Stellen betrug der höchste Lohn 22 M., der niedrigste 15 M., durchschnittlich 18 M. Die längste Arbeitszeit betrug 13 Stunden, die kürzeste 9 1/2 Stunden. Die längste Pause war 2 Stunden, die kürzeste 1/2 Stunde. Sonntagsarbeit, in 9 Fällen keine, Kündigung in 4 Fällen keine, sonst 14, 8 auch 1 Tag. — Auf eine diesbezügliche Anfrage wird erklärt, daß der Vorstand beschloffen habe, sich an dem Unternehmen „Gewerkschaftshaus“ zu beteiligen. — Koch gibt hierauf den Bibliotheksbericht. Vorhanden sind 700 Bände, Neu-Ausstattungen wurden in diesem Jahre nicht gemacht, dagegen 61 Bände neu gebunden. Entliehen wurden insgesamt 800 Bände.

Aus der nun vorgenommenen Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: 1. Vorsitzender Padewig, 2. Vorsitzender Alboldt; 1. Schriftführer Albeß; 1. Kassierer und Bureaubeamter Rein; 2. Kassierer Martini als Begleitführer für Osten Timm, Koch und Zimmermann; für Südosten Kopsky, Mohr und Kamp; für Norden Stange, Ent. Bode und Kaiser; für Westen und Schöneberg Seege und Kutschkau; für Charlottenburg erfolgt die Wahl später. In Revisionen wurden Steinicke, Vorath und Arndt gewählt. Die Schiedskommission setzt sich aus den Kollegen Karl Wils, Hubert und Knebel zusammen. Das Gehalt des Kassierers wurde sodann auf 30 M. pro Woche festgesetzt. Hierauf wurden einige Aenderungen am Statut, wie sie von der Kommission ausgearbeitet und vorgeschlagen wurden, sanktioniert.

Die Filiale Berlin des Verbandes der Töpfer und Vernagelungen Deutschlands hielt am 13. Januar eine gut besuchte Versammlung ab. Nach einem Vortrage des Herrn Dr. Wollheim wurde der Kassenbericht gegeben. Nach diesem war im 4. Quartal 1897 eine Einnahme von 911,90 M. und eine Ausgabe von 799,22 M. zu verzeichnen, sodas ein schließlich des Ueberschusses vom vorigen Quartal ein Bestand von 306,92 M. vorhanden ist. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum dritten Punkt: Gewerkschaftliches, bemerkt der Vorsitzende, daß der Vorstand dem ihm von der letzten Versammlung erteilten Auftrag Schritte zu thun, um bei guter Konjunktur gerüstet zu sein, insofern nachgekommen ist, daß er einen verbesserten Tarif ausgearbeitet habe, der unter den Versammelten in einigen Exemplaren vertheilt ist. Eine Spezialdebatte in der heutigen Versammlung hält der Vorstand nicht für angebracht, diese soll der öffentlichen Versammlung überlassen bleiben. Krause hält ein geschlossenes Vorgehen für durchaus nötig, zweifelt aber an ein Gelingen und mißt die Schuld dem jetzigen Beamten des Verbandes bei, der seine Pflicht den Kollegen gegenüber nicht erfüllt. John, Münzapoß, Bielscher, Hagen treten dem entgegen. Der Beamte ist nicht Angestellter der Kollegen Berlins, sondern der Deutschlands, sollte er diesen gegenüber etwas vernachlässigen, so werden dieselben schon bei passender Gelegenheit sich Ueberschuß verschaffen. Daß ein Theil Schuld der früheren Führer der Berliner Kollegen trifft, die bei dem Streit um die beste Form nicht die Massen zusammenhalten und aufklären konnten, geben alle Redner zu. Die Hauptschuld trifft aber die Masse selbst, die sich nicht um die Organisation kümmert. Doch noch ist nicht alles verloren, wenn jeder seine Pflicht thut, die Kollegen zur Organisation heranzieht und für guten Besuch der Versammlungen sorgt. John erklärt im Namen des Vorstandes, daß derselbe seine ganze Kraft daraufsetzen wird, um die Bewegung im Gange zu halten. Zunächst werde man sich an die Meisterschaft wenden, um zu sehen,

ob selbige geneigt ist, gütlich zu unterhandeln. Des weiteren werde man von Zeit zu Zeit eine Statistik über die Zahl der vorhandenen Bauten aufnehmen, um den Arbeitsmarkt einermachen können zu lernen. Die Versammlung erklärt sich hierauf mit dem Vorgehen des Vorstandes einverstanden und beauftragt ihn, in dieser Weise weiter zu arbeiten. Der Vorsitzende giebt noch bekannt, daß die ausgearbeiteten Tarife auf der Zählstelle zu haben sind. Ein jeder wird außerdem aufgefordert, auch während der Arbeitslosigkeit seinen Pflichten nachzukommen und sich mindestens einmal die Woche im Bureau zur Kontrolle zu melden, damit niemand seiner Mitgliedschaft verlustig gehe. Auch wird die Bibliothek zur regen Benutzung empfohlen.

Schöneberg. Am Montag fand eine ungewöhnlich stark besuchte Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Genosse Auer, der über die bevorstehenden Reichstagswahlen referierte, besprach zunächst die Behandlung und die Aussichten der dem Reichstage gegenwärtig obliegenden gesetzgeberischen Arbeiten und ging dann über zu einer Würdigung derjenigen Momente, die voraussichtlich die nächste Wahlbewegung beherrschen. Im Vordergrund des Kampfes stehe die Verteidigung des Reichstags-Wahlrechts, denn es sei zweifellos, daß eine Verschlechterung desselben durchgeführt werde, sobald eine Mehrheit dafür vorhanden sei. Der geheime Erlaß des Grafen Pofadowsky zeige, daß die Arbeiter auch ihr schon jetzt durch die rigorose Handhabung der Strafbestimmungen verklärtes Koalitionsrecht zu verteidigen haben. Redner begründete kurz unsere ablehnende Haltung zur Plottenvorlage und gab zum Schluß der Erwartung Ausdruck, die deutsche Arbeiterklasse werde in der Verteidigung ihrer wichtigsten Rechte auch bei der kommenden Wahl auf dem Posten sein. — Ein Jünger Naumann's unternahm es, der Versammlung die bekannten nationalsozialistischen Anschauungen über Kolonial- und Flottenpolitik in längerer Rede vorzutragen. Schraubenloser Egoismus — meinte er — müsse das herrschende Prinzip in der äußeren Politik sein. — Genosse Auer ging nunmehr auf die Ausführungen dieses Anhängers der Politik der gepanzerten Faust näher ein. Er legte unter Hinweis auf geschichtliche Beispiele dar, daß die brutale Gewaltpolitik stets gescheitert sei, er kennzeichnete ferner die irthümliche Auffassung der wirtschaftlichen Verhältnisse seitens der National-Sozialen und bemerkte hinsichtlich des nationalen Standpunktes derselben, daß alle großen Ideen getragen waren von dem Gedanken der internationalen Bruderverliebe, demgegenüber die einseitige Betonung des Nationalen ein engherzig beschränkter Standpunkt sei. Die National-Sozialen — so schloß Genosse Auer unter stürmischem Beifall der Versammelten — werden unter den deutschen Arbeitern keinen Boden gewinnen. — Als Resultat dieser Versammlung konnte der Vorsitzende die Anmeldung von 51 neuen Mitgliedern bekannt geben.

Zu Treptow-Baumhulsenweg wurde am Sonntag eine öffentliche Gemeindevähler-Versammlung abgehalten. Nach einem Vortrag des Gen. Görke über die Wichtigkeit der Gemeinderathswahlen wurde Genosse Malermeister Schuch als Kandidat für die im März stattfindenden Gemeindevereinerwahlen aufgestellt.

Centralverband der Konditoren. Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Schiller, Rosenbühlstr. 27. Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Wie gestalten wir unsere künftige Kognition? Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es nicht sammtlicher Mitglieder, zu erscheinen. Gäste willkommen.

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands (Mitgliedschaft Berlin). Heute, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenbühlstr. 27: Vortrag. Gäste willkommen.

Naturheilverein Nordost. Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, Sandbergerstr. 108: Vorträge. Geselliger Verein Hellstrop. Heute Abend 9 Uhr bei Senf, Dissenbachstr. 24. Sitzung.

45/110 cm. weiße Gerstenkorn-Handtücher mit bunter Kante, gestümt und gebändert, per Dutzend 4,50.

1 Posten 65/65 cm. geklärte Servietten Dutzend 2,90.

M. Schneider & Cie.

II. Spittelmarkt II.

Abtheilung für Wäsche und Leinen-Waren.

Besonders preiswerth:

- | | | | | |
|---|-----------------------------------|------|--|------|
| Weisse Damen-Hemden,
Renforce mit Spitze | Priesen-Form aus wirklich prima | 1,10 | Weisse Renforce-Bezüge,
bestehend: 1 Deckbett, 2 Kissen | 2,50 |
| Weisse Damen-Hemden,
Renforce mit Spitze | Achsel-Façon aus prima f.-sädigem | 1,75 | Weisse gest. Dimiti-Bezüge,
bestehend: 1 Deckbett, 2 Kissen | 5,90 |
| Weisse Damen-Hemden,
Achsel-Schluss, prima Hemdentuch mit Stickerei | | 1,90 | Weisse prima Damast-Bezüge,
bestehend: 1 Deckbett, 2 Kissen | 7,25 |
| Weisse Damen-Hemden,
mit Handlanguetto | Achsel-Schluss, prima Renforce | 2,00 | Bunte karrirte Bezüge,
bestehend: 1 Deckbett, 2 Kissen | 2,25 |
| Weisse Nacht-Jacken
aus gemustertem Fein-Piqué mit Stickerei | | 2,00 | Bunte karrirte Bezüge,
Ia. Ware, bestehend: 1 Deckbett, 2 Kissen | 4,50 |
| Weisse Nacht-Jacken
aus prima Cöper-Barchent mit Spitze | | 1,70 | Weisse halbleinene Bettlaken,
225 cm lang | 2,00 |
| Weisse Damen-Beinkleider
aus prima Cöper-Barchent mit Stickerei | | 2,25 | Weisse Dowlas-Bettlaken,
210 cm lang | 1,40 |
| Weisse Damen-Beinkleider
mit Spitze | Ia. Renforce | 1,50 | Uni Rot u. gest. Inlett-Garnituren
1 Deckbett, 2 Kissen | 5,50 |

Eine hochelegante Brautausstattung für Mk. 1225 liegt noch einige Tage zur Ansicht aus.
Eigene Leinen-Weberei in Landeshut i. Riesengebirge.

